

Diskussion über "Presse und öffentliche Meinung"

Kapp; Schmitt, Carl; Stampfer, Friedrich; Hertz, Friedrich; Dovifat, Emil; Voegelin, E.; Tönnies, Ferdinand; Eckardt, Hans von; Brinkmann, Carl

Veröffentlichungsversion / Published Version

Diskussionsprotokoll / discussion protocol

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kapp, Schmitt, C., Stampfer, F., Hertz, F., Dovifat, E., Voegelin, E., ... Brinkmann, C. (1931). Diskussion über "Presse und öffentliche Meinung". In *Verhandlungen des 7. Deutschen Soziologentages vom 28. September bis 1. Oktober 1930 in Berlin: Vorträge und Diskussionen in der Hauptversammlung und in den Sitzungen der Untergruppen* (S. 51-80). Tübingen: Mohr Siebeck. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-405740>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

C.

Diskussion über ›Presse und öffentliche Meinung‹.

Professor Dr. K a p p , Freiburg i. B.:

Meine Damen und Herren! Angesichts der Mannigfaltigkeit und Fülle der Gedanken und Gesichtspunkte, die die beiden Referate uns boten, ist man einigermaßen in Verlegenheit, was man nun aus dieser Mannigfaltigkeit herausgreifen soll, wovon man glaubt, daß es sich für die Diskussion eignet. Die Vorträge gingen auch weit über die Linie hinaus, die wir in den Thesen erkannt hatten. Darum ist es vielleicht zweckmäßig, wenn ich von vornherein an die Bitte anknüpfe, die uns ans Herz gelegt wurde, wir möchten uns an die Reihenfolgen der Thesen etwas halten.

Da ist zunächst gerade das, was in der These 1 vom ersten Referenten präliediert wurde, nachher doch nicht so verständlich zum Ausdruck gekommen, nämlich daß es eine etwas delikate Sache ist, an der Presse eine solche Totalkritik zu üben, wie sie in diesen beiden Referaten vorgenommen wurde. Die Wissenschaftler meinen leicht, daß das etwas Selbstverständliches ist, daß auch die Presse einfach wie jede andere Erscheinung oder jeder Erscheinungskomplex es sich gefallen läßt, Gegenstand wissenschaftlicher Analyse zu werden. Das ist nun durchaus nicht selbstverständlich. Wir wissen, daß die Presse ungemein empfindlich ist, daß sie, wenn man ihr direkt ins Gesicht leuchtet und gleichsam die Fundamente und Hintergründe von all dem, was sie angeht, untersucht, von vornherein ein gewisses Unbehagen hat. Das sagt sie natürlich nicht, und die offiziellen Herren sagen es Ihnen auch nicht. Aber hier können wir das wohl sagen. Man macht vor der Presse sehr viele Verbeugungen; sie ist daran gewöhnt und nimmt es auch für bare Münze. Aber wissenschaftlich durchleuchtet ist die Presse nicht gern. Man richtet gern, man ist aber selbst nicht gern gerichtet. Wissenschaft heißt Fragen stellen; durch dieses fortwährende Fragestellen bekommt eben eine Sache leicht etwas Fragwürdiges, und alles, was uns durch die beiden Referate wieder nahegebracht wurde, kam doch immer darauf hinaus: Was ist diese Presse doch eigentlich etwas ungeheuer Fragwürdiges und Problematisches! So wollen wir uns einiges Problematische und Fragwürdige einmal herausheben.

Hier erscheint mir zunächst wichtig, was der Herr Referent in der zweiten These zum Ausdruck bringt und wofür ich ihm ganz besonders dankbar bin, daß nämlich der tiefste Ansatzpunkt der Kritik an der Presse nicht einmal so sehr der wirtschaftliche Charakter der

Presse ist, also das, was man nach den landläufigen Vorstellungen als den Dualismus von Erwerbsunternehmen und Dienst an der Öffentlichkeit bezeichnet, was Karl Bücher bekanntlich immer wieder so emphatisch betonte: Wie kommt ein privatkapitalistisches Erwerbsunternehmen dazu, sich solcher Dinge von so eminentem öffentlichem Interesse wie Nachricht und Meinung zu bemächtigen? Das ist keine selbstverständliche Sache, und es ist ganz gut, wenn wir immer wieder daraufgestoßen werden. Unser Referent wollte uns etwas darüber hinweggleiten lassen, es kommt aber in beiden Referaten doch immer wieder zum Vorschein.

Der Referent sagt nun aber ein anderes, und darauf möchte ich doch noch die Aufmerksamkeit konzentriert wissen. Er sagt: Viel wichtiger als dieses ist eigentlich das andere, nämlich das Problem des Daseins, des Bestehens eines solchen arbeitsteiligen spezialisierten Nachrichtengewerbes, das in so völliger Eigengesetzlichkeit, Neutralität und Autonomie funktioniert, das sich also eine Menge gegenüberstellt, sich gegenüber hat, die nun diese Produktion fortwährend entgegennimmt und nie genug davon bekommen kann. Ja, je mehr man ihr bietet, desto gieriger wird diese Menge, diese Millionen, dieses Massenpublikum und spornt dieses Nachrichtengewerbe um so mehr zu immer größeren Leistungen an. Wir haben hier also ein Kultur- und Zivilisationsinstitut, das Tag für Tag eine Flut von Nachrichten über uns ausschüttet, so daß man sich schließlich fragen muß: was hat es für einen Sinn, daß die Allgemeinheit Tag für Tag mit solcher Überfülle von Wissenswertem und Nichtwissenswertem überschüttet wird, mit Kleinem und Großem, mit Lappalien und großen Sachen, kurzum, mit solch einem Schwall von Dingen, für die im Grunde genommen offenbar gar kein entsprechendes Lebensinteresse vorhanden ist? Man fragt sich dann also: Was hat diese Funktion, die doch die Hauptfunktion der Zeitung ist: die Distribution, die Verteilung von Nachrichten, kommentierten oder unkommentierten, für einen Kulturwert? Was trägt diese Produktion und Verteilung von Nachrichten eigentlich zur Ernährung der Gesellschaft bei? Hat sie etwa für den geistigen, seelischen Aufbau der Gesellschaft wirklich einen so großen Wert, wie es die Presse und die landläufige Meinung hinstellt? Ist nicht so vieles, was die Presse in bezug auf Nachrichten, kommentierten und nichtkommentierten, Tag für Tag ausschüttet, dergestalt, daß es einfach durch die natürlichen Organe aufgenommen wird und auf dem natürlichen Wege den Organismus, den Körper wieder verläßt? Hier kommt man natürlich nicht um das Werturteil herum und muß in der Tat feststellen: dieser doch nicht selbstverständliche Zustand der Produktion und Überproduktion von Nachrichten ist die Folge dieses eigengesetzlichen, autonomen Produzierens im Nachrichtengewerbe. Das ist nun eine im gewissen Sinne bedenkliche und für unsere gesamte gesellschaftliche Kultur verhängnisvolle Wirkung. Nun kommt aber ein anderes. Sie wissen alle: Je mehr man an großen Quanten regelmäßig zu sich nimmt, desto mehr wird sich auf die Dauer zwangsläufig das Bedürfnis nach gewürzteren und geschärfteren, nach qualitativ schärferen Quanten einstellen. Diese eigengesetzliche Produktion von Nachrichten bringt es mit sich, daß sich zwangsläufig das Bedürfnis nach qualitativ immer stärker Geladenem einstellt, und dem entspricht dann das Angebot von Sensationellem und Übersensationellem. Darum ist Nachrichtenproduktion überhaupt

nicht mehr anders möglich; das Publikum ist nun so erzogen; es will eben solche Nachrichten gepfeffert und gesalzen, es lechzt geradezu immer nach Außerordentlichem, Ungewöhnlichem.

Diese ganz eigengesetzlich durch das Nachrichtengewerbe herausgetriebene Richtung auf das Sensationelle und Übersensationelle bringt in unsere Atmosphäre diese stete Unruhe und Gespanntheit. Die Dinge sind an sich nicht halb so gefährlich; sie werden erst gefährlich, sobald sie in das Zeitungswort gefaßt werden. Das Zeitungswort ist der Spiegel oder das, was uns durch den Spiegel von dem Geschehenen übermittelt wird. Dadurch wird die subjektive Wirkung erzeugt, und darauf kommt es an. Wenn wir nicht das Zeitungswort hätten, wäre die Welt in der Tat viel ruhiger. Man hat gesagt — erst vor kurzem ging es durch die Presse —: der letzte Krieg war ein Völkerkrieg; der nächste wird ein Pressekrieg sein. Das ist natürlich ein törichtes Wort; denn der letzte Krieg ist, wie wir ja genugsam wissen, auch schon ein Pressekrieg gewesen. Unmittelbar nach dem Weltkrieg, im Frühjahr 1919, fand in Bern die erste Zusammenkunft der internationalen Friedensvereinigung statt. Als die Presse Gegenstand des Rückblickes wurde, gab es einen gewaltigen Sturm. Es hat einen tiefen Eindruck auf mich gemacht, als sich auf einmal aus aller Welt die Vertreter der Friedensidee tumultuarisch gegen die Vertreter der Presse erhoben und mit erhobenen Fäusten dem Vertreter der Presse drohten, und ihm zuriefen: ihr seid an allem schuld! Er war gegen dieses Toben des Sturmes absolut machtlos, bis es meinem Landsmann, dem Dichter René Schickele gelang, den Sturm durch eine ausgleichende Formel zu stillen. Das war der Eindruck, den geistige Menschen unmittelbar nach dem Krieg von dem Krieg hatten: Das sensationelle Zeitungswort hat die Atmosphäre vergiftet und trägt darum eine Hauptschuld an der Katastrophe, die wir erlebt.

Indes das eigengesetzliche Nachrichtenwesen hat doch auch seine positive Seite. Diese ganze Nachrichtenproduktion wäre nicht, wenn sie nicht auf ursprüngliche, elementare Lebensbedürfnisse und Lebensinstinkte der Menge zurückginge, die in jedem Augenblick die Beziehung, den Zusammenhang mit der Aktualität haben möchte. Auf dieses den Ausstrahlungen des Geschehens ständige Ausgesetztsein, ist es doch schließlich zurückzuführen, daß sich die Menschen in einer steten Bewegung, Aktivität befinden. Das Geheimnis der ganzen Vitalität der modernen Menschen liegt zum großen Teil darin, daß sie durch die Zeitung, durch den Spiegel der Zeitung mit dem aktuellen Geschehen in steter Verbindung gehalten werden. Dadurch werden sie immer wieder aus dem egoistischen Trieb emporgerissen, werden aktualisiert, werden angeregt, kurzum, es entsteht Leben und Bewegtheit. Gewiß ist das, was die Zeitung so gibt, vielfach nur ein Ritzen der Haut, oberflächliche Berührung, oberflächliche Strömung, und darum hat auch ein anderer Landsmann von mir, Albert Schweitzer, gesagt: die Neger sind tiefer; denn sie lesen keine Zeitung. In gewissem Sinne trifft das zu: Sie werden nicht so fortwährend an der Oberfläche ihrer Seele und ihres Geistes berührt. Aber es geht schließlich von den Negern, wie sie jetzt noch sind, auch nichts Bewegendes aus.

Nun kommt ein zweites Problem, mit dem sich auch der erste Referent befaßt hat und das auch mit der erregenden Wirkung der Presse zusammenhängt. Wir lassen nämlich nicht als Einzelindividuen,

gleichsam als isolierte Atome das Geschehen auf uns wirken, sondern immer nur als Glieder der Masse, als Glieder einer Kollektivität, und damit kommen wir auf das Problem, mit dem sich wahrscheinlich jeder Diskussionsredner befassen wird: Masse und Zeitung. Wir stehen heute einfach vor der Tatsache: die Zeitung ist Massenzeitung, soweit die Großpresse und Mittelpresse in Betracht kommt. Es gibt da nur noch Gradunterschiede. Die Zeitung ist nicht mehr das Organ, das Instrument einer besonders aktivierten Auswahl und Sammlung politischer Menschen, sondern die moderne Zeitung ist eingebettet in die Masse, in das Massenpublikum, in »die Millionen«, und von daher wird sie getragen und inspiriert. Die Zeitung, die sich dagegen besonders stemmt und wehrt, kann nicht mehr reüssieren. Es ist also eine Frage der Selbstbehauptung der Groß- und Mittelpresse, daß sie ihr Ohr an der Masse hat.

Dieser Tatsache hat nun der erste Referent die Wendung gegeben: wir haben da die neuartige Zensur der Masse. In der Tat, dieses Massenpublikum, von dem aus die Presse inspiriert ist, engt die autonome, die spontane Äußerungsfreiheit der Presse ganz eminent ein. Diese Masse läßt nichts durch, was im Grunde ihrer Massengeistigkeit, ihrem Massengeschmack und Masseninstinkt widerstrebt.

Wir kommen damit zu einem Punkt, wo man sich fragt: was bleibt überhaupt noch für ein Raum, für eine Möglichkeit, für die spontane autonom-schöpferische Produktion der modernen Presse? Aber diese Abhängigkeit, die man zunächst so gleichsam negativ bewerten zu müssen glaubt, hat doch auch wieder ihre starke positive Seite. Diese Abhängigkeit, zu der sich die Presse im Interesse ihrer Selbstbehauptung verurteilt, dieses Hinhorchen und Lauschen auf das, was ihr aus der Masse, aus »den Millionen« entgegenkommt, hat doch erst in die moderne Presse diese Lebendigkeit, diese Regsamkeit, diese Virtuosität des schöpferischen Erfindens hineingebracht, mit immer neuen Stoffen, mit immer neuen Mitteln dem Publikum zu dienen und die von früher überlieferte Engigkeit der politischen Diskussion, der politischen Polemik oder des bloßen politischen »Geredes« — der Herr Referent hat mit Recht an diesen Gedankenzusammenhang erinnert — zu verlassen und die Zeitung hinaufzuheben auf eine umfassendere Höhe der Geistigkeit, die die Totalität des Seins durchleuchtet. Die Presse hat damit an Gehalt und an Wert das gewonnen, was sie in politiceis verloren oder zum Teil eingebüßt hat. Man hat diese ganze Richtung, in der sich die heutige Presse bewegt, als Feuilletonisierung bezeichnet. In diese Richtung, die der Presse heute ihren eigentlichen Charakter gibt, ist die Presse durch das Publikum hineingezwungen worden. Die Presse hat sich diese Richtung nicht selbst gegeben. Es ist nicht so, daß es diesem oder jenem Journalisten oder diesem und jenem Verleger einfiel: damit ist etwas zu machen. Er kann nur dann etwas machen, wenn er das Ohr am Boden hatte und fühlte: da drängt die Menge hin, da muß ich nachgehen. Die Träger der Presse sind also nicht das Primäre, sondern das Sekundäre, sie sind die Nachgehenden, nicht die Vorgehenden.

Interessant ist nun, wie der erste Herr Referent diese Form und Situierung der Presse mit einem ganz andersartigen Faktor in Zusammenhang bringt. Der Faktor ist, daß es neben dieser Diktatur, neben dieser Zensur der Masse, eine neue Zensur gibt, die Zensur der Stellen, die Zensur vom Staat, von den Kommunen, bis zu allen den

amtlichen Stellen der Wirtschaftskörper u. dgl. Ich denke über diese Entwicklung etwas skeptischer und pessimistischer, als wir es von den beiden Referenten gehört haben. Wir müssen uns immer bewußt bleiben, daß das primärste Bedürfnis, das der Mensch der Zeitung gegenüber hat, ein Hunger nach Wirklichkeit, ein Hunger nach Wahrheit ist. Man will, wenn man zur Zeitung greift, wissen: was ist? Man will keinen Dunst, keine Vernebelung haben. So schiebt sich nun zwischen Wirklichkeit und Bedürfnis der Allgemeinheit ein Apparat, eine Institution sachlicher Bearbeitung. Von wem geht aber diese sachliche Bearbeitung aus? Von organisierter Allgemeinheit, von organisierten Stellen, für die immer mit bewegendstes Lebensprinzip ist: Selbstbehauptung, Machterhöhung, Sichdurchsetzen. In diesem Sinne produzieren, frisieren, formen sie die Nachrichten und benutzen die Presse als Apparat. Für alle diese Stellen ist die Presse Apparat, den man benutzt. Diesen vielen Stellen gegenüber ist die Presse in sehr vielen Fällen einfach machtlos. Da hört eben auch ihre schöpferische Autonomie auf. Insofern wissen wir eigentlich nie, was für Stellen hinter so vielen Nachrichten in der Presse, kommentierten und unkommentierten, stehen. Die Frage ist immer die: Inwiefern kann uns etwas eingegeben werden, wovon gewisse Stellen — Staat, Kommune, Wirtschaftsverbände — wollen, daß wir es denken? Ich will nicht an deutsche Beispiele erinnern. In jüngster Zeit, vor 14 Tagen, hatten wir den interessanten Brief von Hearst. Ich will nicht sagen, daß er eine große politische Bedeutung gehabt hat. Aber Sie werden mir alle zugestehen: es ist ein Brief, »der gut und nützlich zu lesen war«, und besonders wir Deutschen hatten keinen Grund, nicht den ganzen Brief mit all seinen Spitzen, Sottisen und Ironien zu lesen zu bekommen. Es war ein Prachtstück. Und nun wollen Sie beachten, wie ein Nachbarland, das immer ein sehr großes Interesse daran hat, die Franzosen nicht zu verschnupfen, durch seine offiziöse Depeschagentur eine solche Formung, Frisierung, eine so runde und so glatte Zusammenfassung dieses Briefes gegeben hat, daß man gar nicht mehr wußte, was eigentlich in dem Brief stand. Das ist vielfach die Arbeit solcher amtlichen oder den Ämtern nahestehenden Stellen.

Ich möchte dann noch mit einem Wort auf den publizistischen Willen, der auch ein sehr wesentlicher Punkt ist, zu sprechen kommen. Diesen publizistischen Willen, von dem der zweite Herr Referent gesprochen hat, und vor dem er allzu großen Respekt hat, schätze ich nicht so hoch ein. Der publizistische Wille in der Zeitung ist allerdings eine Tatsache. Aber wir müssen uns doch darüber klar sein, daß die Zeitung heute in politicis längst nicht mehr für die politische Willensbildung die Bedeutung hat wie ehemals, und daß die Zeitung, die politische Publizistik für die politischen Entscheidungen der Masse, der Allgemeinheit nicht mehr so in die Wagschale fällt wie früher. Das liegt sowohl an der Zeitung wie am Publikum. Die Zeitung hat eben vermöge der Feuilletonisierung nicht mehr diesen intensiven publizistischen Willen. Auf dem Vordergrund der Bühne ist allerdings noch viel publizistischer Wille, aber im Hintergrunde ist es längst nicht mehr so.

Die Hauptsache aber ist: Diese Menge ist nicht so, daß sie gleichsam tabula rasa ist und auf die Presse wartet, bis sie von ihr beschrieben wird. Nein, dieser heutige Boden, dieses Massenpublikum, ist

schon mannigfach beschrieben, ehe die Presse an sie herankommt. Mit andern Worten: Das Zeitungspublikum ist eine Masse, die schon aufgeteilt ist in so und sovieler Zellen, in so und sovieler Gruppen, in so und sovieler Bünde. Die Formung der Masse erfolgt also aus ganz andern Tiefen, Bezirken, als aus der großen Presse. Diese Quellen sind die Verständigungsorgane der Gruppen, die Gesinnungsorgane der Bünde, und die Menschen, die ihnen unterstehen — ob es nun der Nationalistische Beobachter oder die Rote Fahne ist oder der Jungdeutsche oder Stahlhelm usw. —, sind im m u n gegen den publizistischen Willen der großen Presse. Darum muß man mindestens ein Fragezeichen hinter den Satz setzen, daß die Presse die Partei macht. Jedenfalls gilt das nicht mehr in dem Sinne, wie man es früher gemeint hat. Ehedem war die Partei die Gefangene einer gewissen Presse. Aber jetzt hat mit einem Schlag im letzten Monat eine Partei die Fesseln zerrissen, die sie zur Gefangenen dieser Presse machte, und die Presse stand vor der Tatsache, daß sie nunmehr der Partei nachlaufen muß. Die Presse wird in Zukunft wesentlich unabhängiger von den Parteien sein als bisher. Für Wahlentscheidungen wird dann die Presse viel weniger Bedeutung haben.

Professor Dr. Carl Schmitt, Berlin:

Ich möchte die wenigen Minuten, die mir zur Verfügung stehen, nicht mit Schilderungen und Deskriptionen ausfüllen; das werden andere Kollegen viel besser können als ich. Ich kann auch nach dem allseitigen Referat meines hochverehrten Freundes Carl Brinkmann nicht ebenso allseitig werden, muß also einseitig werden und will versuchen, eine andere Art der Ergänzung dieser Betrachtung hier vorzubringen, nämlich einige Begriffe aufzustellen, wie ich hoffe, substanzuelle Begriffe, die vor allen Dingen eine Diagnose ermöglichen.

Carl Brinkmann sprach mit Recht von der »geistigen Natur« der »Meinung«, die mit der öffentlichen Meinung bezeichnet wird. In dem Werk von Tönnies über die öffentliche Meinung tritt es immer hervor, mir selbst ist es bei der Lektüre der Autoren des 17. Jahrhunderts, der heroischen Zeit des Bürgertums, immer aufgefallen, welche Kraft der Begriff *opinio*, *opinion publique* früher hatte. Es wäre ein Irrtum, zu meinen, es handle sich hier nicht um einen spezifischen Begriff, sondern um irgendein Wort. Die deutsche Übersetzung »Meinung« ist, wie sehr viele Verdeutschungen, schon eine Abschwächung des spezifischen Charakters. *Opinio* ist bei jedem Autor des 17. und auch des 18. Jahrhunderts ein politischer und daher ein polemischer Begriff; was *opinio* bedeutet, weiß man erst, wenn man den Gegner kennt, den dieses Wort im Auge hat. *Opinio* ist der Gegenbegriff gegen *Dogma*, gegen Glauben und ähnliche Begriffe. Nur so lange hat die Redewendung »öffentliche Meinung« Kraft und Leben, als dieser Gegenspieler noch Leben hat. In dem Augenblick, in dem der Gegner, der Feind, entfällt und damit die politische und polemische Kraft des Wortes, entfällt eigentlich auch die ganze Redewendung; es tritt eine völlig neue Situation ein, und alles hängt davon ab, wer der neue Gegner ist. Man darf also, summarisch zusammengefaßt, sagen: *opinio*-Meinung hat den spezifisch polemischen Sinn eines Gegenbegriffes gegen *Dogma*. Darauf beruht die geschichtliche Energie des Begriffes im 17., 18. und 19. Jahrhundert.

Wenn wir nun heute das Gefühl haben, daß es mit diesem Zeitalter der Meinungen und Gegenmeinungen zu Ende ist, daß an die Stelle der »Meinung« Propaganda, Suggestionen, Agitation und andere Dinge treten — dieses Gefühl ist in den Referaten deutlich genug zum Ausdruck gekommen —, dann müssen wir die naheliegende Frage stellen: Was ist heute, ebenso einfach mit einem Wort bezeichnet, nunmehr der Gegenbegriff gegen opinio? Man kann nicht einfach auf Dogma, Glauben usw. zurückgreifen. Meiner Meinung nach ist das spezifische Gegenwort gegen opinio — ich will nicht einmal sagen: der Gegenbegriff — wie damals opinio der Gegenbegriff gegen Dogma und Glaube war, so heute nach zwei Jahrhunderten bürgerlichen Liberalismus: Aktion. Es ist im Deutschen schwer zu übersetzen. Ebenso wie Meinung keineswegs die Prägnanz von opinio hat, weil es nicht in der sprachlichen Prägnanz einer alten Tradition steht, so wenig haben Worte wie Bewegung, Strömung, Tat usw. dieselbe Prägnanz wie Aktion. Aber um diesen aktuellen Gegenbegriff handelte es sich bei allem, was für den Referenten eigentlich aktuell war. Das wäre zum Begriff der opinio zu sagen.

Worte wie Pressefreiheit, Zensur, Gesellschaft sind polemische Begriffe. Man kennt sie erst, wenn man den konkreten politischen Gegner kennt, gegen den sie sich wenden. Die Unterscheidung von Gesellschaft und Staat wird sofort sinnlos, wenn die Gesellschaft sich selber zum Staat »integrieren« will. Man weiß dann nicht mehr, was Staat und was Gesellschaft ist. Solange die Dinge institutionell in überlieferter Einfachheit einander gegenüberstehen wie im 17., 18. und im deutschen 19. Jahrhundert, so lange kann man von Pressefreiheit, kann man von Zensur sprechen. Aber es ist ungenau, glaube ich, wenn Carl Brinkmann meint, heute sei an die Stelle der Zensur des Staates über die Presse eine Zensur der Presse über den Staat getreten. In dieser Wendung, deren antithetische Eleganz ich sehr bewundere, ist das Wort Zensur verschiedendeutig, und infolgedessen verliert die Wendung an Erkenntniswert. »Zensur« bekommt dadurch den allgemeinen Sinn von »Kontrolle« überhaupt. Pressefreiheit aber ist vor allem Freiheit. Presse ist keine geheimnisvolle, mysteriöse Sache. Presse ist ein Komplex von technischen Mitteln und von Menschen, die sich dieser technischen Mittel bedienen. Solange die Menschen, die sich der technischen Mittel bedienen, gegen einen wirklich vorhandenen Staat kämpfen, hat ihr Kampf um die Freiheit einen sehr guten Sinn. Doch darf man die Begriffe nicht aus der historischen Situation herausnehmen und verabsolutieren. Nun fällt mir in beiden Referaten der enge Zusammenhang des technischen Mittels »Presse« mit der Freiheit auf. Ich weiß, in welchem Maße vom 17. bis 19. Jahrhundert Presse und Freiheit verbunden sind. Trotzdem ist Pressefreiheit eigentlich eine seltsame Verbindung: ein bestimmtes technisches Mittel, die Druckerpresse, wird mit dem Begriff Freiheit verbunden. Logisch richtiger, nicht historisch richtiger, müßte man sagen: Freiheit der Meinungsäußerung, Diskussionsfreiheit, Freiheit der Nachrichtenübermittlung, Freiheit der Propaganda usw. Man sagt aber Pressefreiheit, verbindet also Freiheit mit einem bestimmten technischen Mittel, mit der Druckerpresse, die ursprünglich eine Handpresse war. Inzwischen ändert sich das technische Mittel, es entsteht eine ungeheure Maschinenpresse. Jetzt erhebt sich die Frage: Hat dieses völlig veränderte technische Mittel »Presse« immer noch

den alten Zusammenhang mit Freiheit? Ich glaube, das ist nicht der Fall. Ich möchte Sie darauf hinweisen, wie selbstverständlich ein anderes Mittel der Meinungsäußerung, der Nachrichtenübermittlung und der Propaganda, nämlich der R u n d f u n k , als M o n o p o l ins Leben trat. Mit derselben Selbstverständlichkeit, mit der seit dem 16. Jahrhundert die Presse ein Instrument der Freiheit war, ist heute der Rundfunk kein Instrument der freien Meinungsäußerung, sondern durch Zensur und Monopol gebunden. Das ist ein merkwürdiger Zusammenhang: verschiedene technische Mittel, verschiedene Beziehung zu Freiheit und Monopol. Überall sehen wir ein Rundfunkmonopol, das sich mit der gleichen Selbstverständlichkeit in allen Staaten ohne Rücksicht auf Verschiedenheiten der soziologisch-politischen Struktur durchsetzt. Das Rundfunkmonopol wäre ein unerträglicher Zustand, wenn, wie Brinkmann sich ausdrückte, die gigantische Macht, die es darstellt, in den Händen eines Einzelnen oder weniger Gruppen wäre, die sich ihrer rücksichtslos und zu ihrem privaten Vorteil bedienen könnten. Man erschrickt vor der Massenhaftigkeit, vor dem ungeheuren Quantum dieses technischen Apparates und seiner Wirkungsmöglichkeiten und kann nun optimistisch oder pessimistisch sein. Das ist eine Frage für sich. Die Häufigkeit des Wortes N e u t r a l i t ä t erklärt sich jedenfalls aus dem Bedürfnis, dem Monopol, das heute selbstverständlich mit derartigen technischen Mitteln verbunden ist, irgendeine Korrektur oder sogar eine Kompensation an die Seite zu stellen. Der Begriff der Neutralität ist nur ein Komplement dieser Monopolsituation, die bei der Eigenart des technischen Mittels heute einfach das Gegebene und vorläufig Unabänderliche ist.

Man spricht jedoch in sehr verschiedenartigem, vieldeutigem Sinne von der Neutralität eines technischen Mittels. Sie kennen die etwas komischen Versuche, eine absolute parteipolitische Neutralität des Rundfunks durchzuführen. Man hat das eine Zeitlang versucht und in dieser Zeit nur Unterhaltungsvorträge, Musik u. dgl. gebracht. Man mußte sich, um ganz neutral zu sein, auf geradezu insipide Belanglosigkeiten beschränken. Infolge dieser Art Neutralität wurde der Rundfunk so unerträglich langweilig, daß die Absatzmöglichkeiten des neuen Instrumentes schon wieder gefährdet waren. Das war die Neutralität der politischen I n d i f f e r e n z gegenüber den strittigen d. h. immer: politischen Fragen; man suchte das umkämpfte Gebiet zu vermeiden und sich auf Sport, schöne Literatur, Musik und Belehrung zu beschränken. Diese Neutralität der Indifferenz ließ sich nicht halten. Man hat dann eine andere Art Neutralität versucht, indem man die einzelnen Parteien, Deutschnationale, Volkspartei, Sozialdemokratie mit einer gewissen P a r i t ä t , d. h. einer Quote nach, ungefähr gleichmäßig oft, an die Reihe kommen ließ. Im Hintergrunde dieses Versuchs einer Parität steht die Vorstellung, mit jedem Monopol müsse naturgemäß eine g l e i c h e B e n u t z u n g s c h a n c e verbunden sein. Aber während es uns selbstverständlich ist, daß jeder, auch der Kommunist und der Nationalsozialist, sich eine Fahrkarte an der Eisenbahn kaufen oder Telefongespräche führen kann, ist es schwer, die Neutralität eines technischen Apparates wie des Telefons auf den Apparat Presse zu übertragen. Das scheiterte selbstverständlich. Entweder mußte die Presse sich entschließen, die eben erwähnte Art der indifferenten Neutralität durchzuführen, also Unterhaltung zu werden, oder aber das Instrument einer Aktion.

Man kann bei der Presse nicht ganz davon absehen, daß der Mensch ein, wenn nicht denkendes, so doch redendes, empfindendes und handelndes Wesen ist.

Es wäre aber noch eine weitere Art von Neutralität möglich, und hier bemerke ich in den Referaten einen Optimismus, den ich nicht teile. Ich darf vielleicht kurz meine Stellungnahme zu dem Schluß, zu der Konklusion des Referates von Herrn Brinkmann, präzisieren. Er sagte dort, vielleicht werde sich der Geist doch jener gigantischen Kräfte bemächtigen können. Ich hoffe es auch, sehe aber nichts davon. Ich sehe namentlich nicht, daß sozusagen aus der Immanenz des technischen Apparates, nur weil der Apparat immer ungeheurer, immer mächtiger und vollkommener wird, ein neuer Geist entsteht und die Menschen, die sich des Apparates bedienen, wenn auch nur aus Erwerbsgründen und ähnlichen Motiven sich seiner bedienen, sozusagen überwältigt werden, weil ihnen sein Geist über den Kopf wächst, der als solcher schon notwendigerweise eine Neutralität der Objektivität, eine Neutralität im Sinne der objektiven, intelligenten Sachlichkeit bewirkte, auf deren Boden dann eine echte, autonome Zensur durch die Presse als durch ein geistiges Instrument ausgeübt werden könnte. Ich sehe nicht, daß für diese Art Neutralität irgendwelche ernsthaften Ansatzpunkte gegeben wären. Ich sehe nur ein Interim, einen Zwischenzustand, das Gefühl für den Zwischenzustand, der gerade den Ruf nach Neutralität erklärlich macht, das Gefühl dafür, daß neue und, wie Brinkmann mit Recht sagt, gigantische Kräfte am Werk sind, daß wir aber nicht wissen, wer es ist, der sich ihrer bemächtigt. Aus der Immanenz der technischen Kräfte heraus entsteht keine Objektivität. Ich halte es für sicher, daß es sich nur darum handelt, wer die ungeheuren technischen Mittel in die Hand nimmt. Hier kann man optimistisch oder pessimistisch sein, das ist eine Frage für sich. Der Ruf nach Neutralität aber ist, wie so häufig, nur ein Ausdruck der Ahnung, daß ein unheimlicher Kampf darum bevorsteht oder schon im Gange ist, wer die gewaltigen technischen Mittel in die Hand nehmen darf. Dieser Kampf ist noch nicht entschieden. Inzwischen heißt dann Neutralität weiter nichts als: der Entscheidung, solange es möglich ist, aus dem Wege gehen; solange es eben noch angeht, sich im Zwischenstadium des Nochnichtentschiedenseins halten. Die Formel des Nochnichtentschiedenseins kam auch in dem Referat des Herrn v. Eckardt vor. Ich glaube, hier liegt noch eine weitere Erklärung für das allgemeine Bedürfnis nach Neutralität. Aber kein technisches Mittel — und um so weniger, je größer, mächtiger und brauchbarer es ist — ist in seinem Wesen auf die Dauer neutral. Jedes technische Mittel wartet auf den, der sich seiner bedient, und darin sehe ich das eigentliche Problem der heutigen Presse.

Chefredakteur S t a m p f e r:

Ich bin mir wohl bewußt, meine Damen und Herren, daß ich in diesen gelehrten Kreis nicht berufen worden bin, um in aktiver Weise Ihre Wissenschaft zu fördern, sondern daß ich passiv als Gegenstand der Forschung, die Sie pflegen, hierher gerufen worden bin. Herr Professor Schmitt hat vorhin die Presse als einen Komplex von technischen Mitteln und von Menschen bezeichnet, die sich ihrer bedienen.

Als einen dieser Menschen stelle ich mich Ihnen vor und stelle mich Ihnen gewissermaßen als Demonstrationsobjekt zur Verfügung. Wenn ich aber meiner Funktion in diesem Kreise entsprechen soll, dann muß ich mich bemühen, so wenig wie möglich als Soziologe zu dilettieren — ich könnte ja nur dilettieren — und dafür soviel wie möglich als politischer Publizist zu rasonieren und, wenn es erlaubt ist, auch zu polemisieren.

Herr Prof. Brinkmann hat eine ausgezeichnete Bemerkung gemacht, in der er auf den Zusammenhang zwischen Wirtschaftsfreiheit und Pressefreiheit hingewiesen hat. Dieser Zusammenhang ist in der Tat geschichtlich gegeben, und ich bedaure nur, daß Herr Prof. Brinkmann vergessen hat, ein Drittes anzuführen, das gleichfalls geschichtlich hierher gehört, nämlich die Freiheit der Wissenschaft. Die Freiheit der Wirtschaft, die Freiheit der Presse und die Freiheit der Wissenschaft haben sich parallel zueinander entwickelt, zunächst unter dem Einfluß der aufsteigenden Klasse des Bürgertums. Ich bin mir wohl bewußt, daß theoretisch eine Freiheit des wissenschaftlichen Forschens bestanden hat, noch bevor die Pressefreiheit in die Artikel der Verfassung übergegangen war. Aber es ist hier nicht der Ort und die Zeit, ausführlich darüber zu sprechen, wie es mit der Freiheit der Wissenschaft bestellt gewesen ist, von der Kabinettsorder Friedrich Wilhelm II. gegen den Prof. Immanuel Kant an bis zur Lex Arons in der Zeit Wilhelms II. Ich glaube also berechtigt zu sein, zu sagen, daß ein Zusammenhang besteht zwischen der Freiheit der Wirtschaft, der Freiheit der Presse und der Freiheit der Wissenschaft. Es besteht also zunächst unter dem Einfluß des aufsteigenden Bürgertums ein enger Zusammenhang zwischen der Freiheit des Materiellen, der Wirtschaft, und der Freiheit des Ideellen, des Geistigen. Dieser enge Zusammenhang erfährt eine Auflösung in dem Augenblick, in dem die Arbeiterklasse, zunächst vertreten durch ihre politische Partei, die Sozialdemokratie, politisch handelnd in Erscheinung tritt. Es setzt hier eine gewisse Gabelung ein. Denn während die sozialdemokratisch gesinnte Arbeiterklasse gegen die Wirtschaftsfreiheit des Liberalismus auf das entschiedenste Stellung nimmt, ist sie ebenso fanatisch liberal in allen geistigen Dingen. Das war immerhin eine moralische Leistung in einer Zeit, in der sowohl die akademische Wissenschaft als auch die Presse geschlossen gegen die Arbeiterschaft stand. Sie kennen wahrscheinlich den verzweifelten Aufschrei Lassalles gegen die Übermacht der liberalen Presse, und es wird Ihnen bekannt sein, wie die von Marx begründete sozialistische Wissenschaft oder der wissenschaftliche Sozialismus in früheren Zeiten akademisch be- oder mißhandelt worden ist. Aber alle diese Tatsachen haben die Arbeiterschaft in der Vorkriegszeit nicht daran gehindert, in allen Fragen des Geistes fanatisch liberal zu sein, und wenn es ihr auch nicht möglich war, in die geheiligten Räume der Hochschule einzudringen, so gelang es ihr doch, sich auf dem Gebiet der Presse Raum zu schaffen und ihre eigenen Zeitungen zu gründen.

Diese Entwicklung nahm in Deutschland — ich spreche in diesem Zusammenhang nur von Deutschland — ihren Fortgang, bis der Krieg kam. Deutschland war vor dem Krieg, nach dem Fall des Sozialistengesetzes, ein relativ liberales Staatswesen. Es kam der Krieg, mit dem Krieg die Staatsomnipotenz und die Zensur. Wenn Herr Prof. Kapp vorhin gesagt hat, daß auch schon der letzte Krieg ein Pressekrieg

gewesen ist, so hat er damit recht; nur müßte man hinzufügen, daß die Presse diesen Krieg nicht selber geführt hat, sondern daß mit den Mitteln der Presse Krieg geführt worden ist. Die Presse war in allen Staaten unter Zensur gestellt. Sie trat nicht frei handelnd in Erscheinung, sondern war nichts anderes als ein Instrument der Kriegführung in der Hand der verschiedenen Generalstäbe. (Widerspruch.) — Während des Krieges, Herr Professor, war die Presse ein Instrument der Kriegführung in der Hand der verschiedenen Generalstäbe. (Prof. Brinkmann: Sie auch, Herr Stampfer; aber die Pazifisten meinten: Pressekrieg vor dem Krieg!) — Herr Prof. Brinkmann fragt, ob ich das auch war. Ich habe in schweren Kämpfen gegen die Zensur meine eigene Stellung zu den Fragen der Landesverteidigung, zu den Fragen der Politik während des Krieges zu wahren versucht und kann aus dem Gedächtnis nicht die verschiedenen Verbote aufzählen, denen die von mir geleitete Zeitung infolgedessen unterlegen ist. So ging es bis zum Ende des Krieges.

Damals war der Zeitpunkt, wo die zur Omnipotenz entfaltete Staatsgewalt auf einmal in die Hände der sozialdemokratischen Partei hinüberglied. Nun wäre es für die sozialistische Partei theoretisch wohl möglich gewesen, diesen Apparat zu übernehmen, um sich seiner zu bedienen, d. h. den Staat so omnipotent, wie er während des Krieges gewesen war, zu erhalten und als das Machtinstrument einer einzelnen Partei zu gebrauchen. Aus dem, was ich vorhin auszuführen mir erlaubt habe, geht hervor, daß diese Möglichkeit für die Sozialdemokratische Partei nur theoretisch vorhanden war, weil sie ihrer ganzen Geschichte nach unmöglich eine Stellung einnehmen konnte, die den Prinzipien der geistigen Freiheit und insbesondere der Freiheit der Presse entgegengesetzt war. So war es eine der ersten Taten der sozialdemokratischen Volksbeauftragten, wenn nicht die allererste, die Zensur wieder aufzuheben.

Ich gestehe Ihnen, meine Damen und Herren: Uns hat in jener Zeit die Frage der Aufhebung der Zensur einige Kopfschmerzen bereitet. Denn es ist ein großer Unterschied, ob Pressefreiheit besteht oder ob sie wieder eingeführt wird. — Jawohl, das ist ein sehr großer Unterschied, und ich verstehe die Ängste, die man in faschistisch oder bolschewistisch regierten Staaten vor dem Gedanken der Wiedereinführung der Pressefreiheit hat. Es ist klar, daß ein zu scharf gepackter Baumwollballen, wenn die stählerne Fessel geöffnet wird, förmlich explodiert. Es ist klar, daß allerhand Exzesse im Geistigen entstehen müssen, wenn ein starker Druck plötzlich aufgehoben wird. Also die Frage, wie es aussehen wird, wenn man die Pressefreiheit wiederherstellt, hat uns einige Kopfschmerzen bereitet. Aber durch unser Programm, durch unsere gesamte Weltanschauung war uns unser Weg vorgezeichnet, den wir dann auch gegangen sind: der Weg zur Wiederherstellung der Pressefreiheit.

Damals ist in der Arbeiterbewegung eine andere Richtung in Erscheinung getreten, die es vor dem Kriege nicht gegeben hat, wo die gesamte sozialistische Arbeiterbewegung, wie ich vorhin sagte, einheitlich im Geistigen bis zum Fanatismus liberal gewesen ist. Es kam die kommunistische Richtung, die gerade das wollte, was wir im November 1918 nicht gewollt hatten, nämlich den Staat in seiner Omnipotenz in die Hand der eigenen Partei nehmen und diese Staatsomnipotenz auch in geistigen Dingen im Interesse der Partei ge-

brauchen. Mit der Kommunistischen Partei kam es dann im Winter 1918/19 zu Kämpfen, in denen, ideologisch gesehen, die Pressefreiheit im Mittelpunkt aller Erörterungen stand. Es ist damals um Rotationsmaschinen gekämpft worden, so, wie in der Zeit der Religionskriege um Altäre gekämpft worden ist. Wenn ich nach den Jahren 1918/19 in alte deutsche Städte kam und mir Kirchen zeigen ließ und mir erzählt wurde: diese Kirche ist katholisch, sie wurde von den Protestanten erobert und wurde dann wieder katholisch — dann mußte ich an die Geschichte des Hauses Lindenstraße 3 denken und an die Geschichte des Hauses in der Jerusalemerstraße, wo der Mosse-Verlag ist, und an die Kochstraße, wo sich der Ullstein-Verlag befindet. Da ist damals um Rotationsmaschinen gekämpft worden, so, wie in früheren Jahrhunderten um Altäre gekämpft wurde in dem Bewußtsein, daß das gewaltige Instrumente der Macht sind.

Wir haben in jenen Kämpfen die Freiheit der Presse verteidigt und sind auch in der weiteren Entwicklung bei diesem Standpunkt geblieben. Ich glaube, Herr Professor Schmitt hat nicht ganz recht, wenn er zwischen der bei der Presse bestehenden Freiheit und der beim Rundfunk nicht vorhandenen Freiheit eine Parallele zieht. Das liegt doch zum großen Teil an der Verschiedenheit der technischen Mittel. Denn wenn es möglich ist, daß jeder sich irgendwo eine kleine Druckerei aufmacht und druckt, wozu er Lust hat, so besteht doch technisch nicht die Möglichkeit, daß jeder sich eine Sendestation errichtet und nun selber sendet; das würde ein solches Chaos werden, daß technisch überhaupt jede Verständigung unmöglich würde. Darum muß die geistige Freiheit auf dem Gebiet des Rundfunks andere Wege gehen als auf dem Gebiet der Presse. (Zuruf: Parität! Warum nicht Nationalsozialisten und Kommunisten im Rundfunk?) — Jawohl, Parität wäre im Rundfunk sehr richtig. Ich bin durchaus der Meinung, daß man auch diese Leute zu Worte kommen lassen sollte. (Erneuter Zuruf: Damit sie sich besser blamieren!) Ich bin durchaus der Meinung, daß man auch sie im Rundfunk zu Worte kommen lassen soll. (Zuruf: Das wäre sehr gefährlich!) — Es wird hier gesagt, das wäre sehr gefährlich. Damit komme ich auf etwas anderes. Man ist vielleicht auch der Meinung, daß die Pressefreiheit gefährlich wäre in bezug auf die Entwicklung radikaler Strömungen auf der äußersten Rechten und auf der äußersten Linken. Da möchte ich Sie doch in diesem Zusammenhang auf eine sehr interessante Erscheinung aufmerksam machen: Wie winzig klein ist der Presseapparat, mit dem diese beiden extremen Parteien bei der letzten Wahl ihren großen Sieg erfochten haben. Man spricht von der gigantischen Macht der Presse. Wo war denn die gigantische Macht der Presse am 14. September? Sie war doch da in nichts zerflossen. Die Geschlagenen des 14. September waren doch die großen Zeitungsverlage Mosse, Ullstein, Scherl = Hugenberg, das waren die Geschlagenen, und die Siegerpressen waren, technisch gesehen — entschuldigen Sie den Ausdruck —, die kleinen Wurstblätter. Deren Parteien haben ungeheure Fortschritte gemacht, während die Parteien, denen der ungeheuerste Presseapparat zur Verfügung steht, lange nicht so gut abgeschnitten haben.

Meine Damen und Herren! Die Pressefreiheit ist nach dem Krieg überall dort wieder eingeführt worden, wo sie zuvor schon bestanden hatte und wo eine entwickelte Presse vorhanden war. Dort bestand von längerer Zeit her ein Kulturbedürfnis weitester Volksmassen.

Überall dort ist die Pressefreiheit wieder erstanden. Sie ist nicht wieder-erstanden, respektive überhaupt nicht erstanden in jenen Ländern, in denen die Presse als eine derartige Kulturmacht überhaupt noch nicht bestanden hatte, aus dem einfachen Grunde, weil der größere Teil des Volkes noch nicht imstande war, Zeitungen zu lesen. In den Ländern eines weitverbreiteten Analphabetismus ist es gelungen, die Pressefreiheit wieder aufzuheben, sofern sie dort zuvor schon bestanden hatte. So ist in diesen Ländern etwas entstanden, was keineswegs identisch ist oder nur zu vergleichen ist mit der Presse, wie sie vor dem Jahre 1848 und in den Zeiten des Polizeistaates war. Denn damals gab es einen Monarchen und eine Bürokratie, denen die Presse untertan war. Heute gibt es überall als politische Machtfaktoren nur noch Parteien. Der Faschismus ist eine Parteiherrschaft; der Bolschewismus ist ebenso die Herrschaft einer Partei. Aufhebung der Pressefreiheit, Einführung eines Pressemonopols bedeutet also sowohl im faschistischen wie im bolschewistischen System Herrschaft einer einzigen Partei über die gesamte Presse. Da möchte ich also doch bitten, von gewissen mir mystisch scheinenden Vorstellungen abzusehen, als ob in dieser Art Presse, wie sie in jenen Ländern besteht, irgendein sublimerter Staatsgedanke aus Himmelshöhen zur Erde herabgestiegen wäre und sich da konkretisiert hätte. O nein, es handelt sich um nichts anderes als um den Tat gewordenen Machtwillen einer politischen Organisation, einer Machtgruppe, die das gesamte geistige Leben unter ihr Diktat gestellt hat — das gesamte geistige Leben, nicht bloß die Presse, sondern auch die Wissenschaft. Das möchte ich in diesem Kreise mit der allergrößten Entschiedenheit betonen. Sie können die Freiheit der Presse nicht antasten, ohne zugleich auch die Freiheit der Wissenschaft zu gefährden. Die Freiheit der Wissenschaft wird nicht mehr vorhanden sein, wenn keine freie Presse mehr vorhanden ist. In diesem Sinne, meine Damen und Herren, besteht ein sehr enges Verhältnis zwischen Wissenschaft und Presse. Ich will es aufrichtig sagen: es ist mir bei manchem, was ich hier gehört habe, ein wenig angst und bange geworden, als könnten Wissenschaft und Presse sich auseinanderleben. Und sie sollen doch zusammenleben; denn sie gehören ganz und gar zusammen! Sie, meine Damen und Herren, als Vertreter der Wissenschaft, und wir Journalisten, wir sind beide und sollen beide sein: Lehrer des Volkes. Über die Ergebnisse wollen wir uns nicht streiten. Ich glaube, wir haben da einander nichts oder wenig vorzuwerfen. Aber wir sollten miteinander überlegen, wie es besser gemacht werden kann. Ich glaube auch, daß die Wissenschaft und die Vertreter der Wissenschaft wohl imstande wären, gewissen Ausschreitungen der Presse, die auch ich verurteile, durch ihre Autorität entgegenzuwirken. Ich glaube, daß durch ein solches Handeln schließlich auch die beste Antwort auf die Frage gefunden werden kann, die Herr Prof. Brinkmann aufgeworfen hat: ob denn die Presse nun Dienerin der Nation sei, oder ob sie gar ihre Herrin werden solle. Ich beantworte diese Frage dahin, daß die Presse Dienerin der Nation sein soll im Sinne jenes schönen Wortes von Immanuel Kant: eine Dienerin, die der Herrin nicht die Schleppe nachträgt, sondern ihr mit dem Lichte vorangeht.

Professor Fr. H e r t z:

Ich will mich auf ein paar Bemerkungen zu den Referaten beschränken. Es ist in den Referaten vor allem ein Problem sehr stark

hervorgetreten, nämlich das Verhältnis von Kapitalismus und Presse, und es war ein Protest gegen gewisse Übertreibungen des Zusammenhangs herauszuhören, ein Protest, der nicht unbegreiflich ist, wenn man sieht, daß heute der Kapitalismus für so ziemlich alles auf der Welt verantwortlich sein soll. Aber ich glaube, es wäre doch auch wieder sehr gefährlich, wenn wir die Bedeutung dieses Verhältnisses unterschätzen würden. Es ist ja klar: Eine große Zeitung ist erstens ein kapitalistisches Unternehmen und untersteht daher den Gesetzen eines solchen, auch wenn die Zeitung selbst durchaus nicht die Absicht hat, dem Kapitalismus zu dienen. Zweitens hat sie sehr oft die ausgesprochene oder nicht ausgesprochene Tendenz, dies zu tun, also kapitalistische Interessen zu vertreten. Sehr häufig tut sie es einfach aus Rücksicht auf ihre Leser, weil der Leserkreis es haben will. Kapitalistische Gesinnung ist dabei nicht notwendig vorausgesetzt. Ich bezweifle durchaus nicht, daß, wenn die Vertretung antikapitalistischer Interessen sich als ein gutes Geschäft erweisen ließe, sich dann auch Kapitalisten finden würden, die das finanzieren würden. Nun meine ich aber, wir müssen nicht nur diese verschiedenen Dinge auseinanderhalten, sondern noch eine andere Gefahr der Vereinfachung vermeiden.

Kapitalismus ist nämlich auch ein national differenzierter Begriff. Ich habe doch den Eindruck, daß die hoch interessante Schilderung, die Herr Prof. Brinkmann von der großen Presse gegeben hat, etwas zu einseitig unter dem Eindruck englisch-amerikanischer Presseverhältnisse geformt worden ist. Es bestehen da doch zwischen den Nationen große Unterschiede. Der westliche Kapitalismus hat sich mit der Demokratie so ziemlich abgefunden, ja versteht es sogar, sie gerade auch im Wege der Presse zu beeinflussen. Es gibt zwar auch in England und Amerika faschistische Richtungen; aber einen scharfen Kampf der kapitalistischen Interessen gegen die Demokratie oder gegen das Parlament finden wir doch nicht.

In Deutschland ist das wesentlich anders. Hier sehen wir, daß die wohl überwiegende Mehrheit der kapitalistischen Interessen sich mit der Demokratie durchaus nicht abgefunden hat, sondern daß sie offen oder versteckt einen herrschaftlichen Staat haben wollen, und daß das auch in der Presse zum Ausdruck kommt, selbst wenn die einzelnen Journalisten nicht so wollen. Aber sie müssen auf die Leser Rücksicht nehmen und schreiben, was die Leser wollen. Das ist eine nationale Differenzierung, und es wären noch viele andere hier anzuführen.

Um ein Beispiel anzuführen: Vor einiger Zeit, als die englische Labour Party noch kein eigenes großes Presseorgan hatte, hat die Daily Mail den Vorschlag gemacht, sie sei bereit, der Labour Party ein oder zwei Spalten zur Verfügung zu stellen. Ich weiß nicht, ob diese davon Gebrauch gemacht hat, ich glaube nicht. Tatsächlich aber hat jene durchaus kapitalistische Zeitung den Vorschlag gemacht, ein bei uns gewiß undenkbarer Vorgang.

Ich erwähne noch eine Erscheinung, nämlich die großen Presseagenturen, die Artikel berühmter Politiker übernehmen und in der Welt verbreiten. Das wird dann in Tausenden Blättern aller Parteien gedruckt. Hier schüttelt man oft den Kopf, wenn in einem Blatt extremster antisozialistischer, faschistischer Richtung, etwa im Neuen Wiener Journal, um gleich zur tiefsten Tiefe herunterzusteigen, ein Artikel von Macdonald erscheint. Macdonald weiß natürlich nichts

davon. Sein Artikel ist durch die Presseagentur verbreitet worden. Das ist aber typisch für die englische Auffassung, daß die Zeitung einfach ein Nachrichtenblatt, ein Sprachrohr ist, dessen sich eigentlich jeder bedienen kann, während das bei uns nicht so angesehen wird. Bei uns wird meist angenommen, daß man sich mit der Zeitung, in der man schreibt, identifiziert, daß man zu ihr gehört. Das ist von sehr großer Tragweite.

Aus diesen Voraussetzungen des englisch-amerikanischen Kapitalismus, der sich mit der Demokratie abgefunden hat, ergibt sich nun jene eigengesetzliche Neutralität, von der Herr Prof. Brinkmann gesprochen hat, allerdings eine Neutralität, die vielfach mehr Schein ist als Wirklichkeit. Denn wenn auch dort keine Hetzartikel gegen Parlament oder Demokratie stehen, so verstehen es diese Blätter doch, durch die ganze Auswahl und die Aufmachung des Stoffes das Interesse von gewissen Fragen, die ihnen nicht angenehm sind, sehr wirksam abzulenken. Vor allen Dingen ist es der Sport, der dazu dient, und der ungeheuer überwuchert. Ferner pflegt man zu diesem Zweck die Sensation; in manchen Ländern, wie in meinem Heimatland Österreich, mit besonderer Vorliebe auch den persönlichen Klatsch, etwa Affären zwischen zwei Sängerinnen. Solche Dinge nehmen da einen großen Raum ein. Auch durch Berichte über Sensationsprozesse oder durch Korruptionsriecherei können die Blätter das Interesse von den eigentlich wichtigen politischen Entscheidungen ablenken. Der erste Redner hat auch bereits das Augenmerk auf den Zwang zur Sensation, der in dem heutigen Pressewesen besteht, gelenkt.

Die Presse ist doch nicht bloß ein Nachrichtenorgan. Sie soll auch anderen Bedürfnissen des Lesers dienen. Sie soll ihm Unterhaltung und Entspannung, aber auch Anspannung und Nervenkitzel bieten. Sie soll ihm in einer allzu rationalisierten Welt die Leidenschaft verschaffen, die ihm sonst fehlt. Die Presse muß sich dem fügen.

Allerdings gilt dies nicht für jede Presse, und es wäre soziologisch interessant, verschiedene Typen von Zeitungen zu unterscheiden. Eine Presse z. B., die eine starke Partei hinter sich hat, ist nicht in dem Maße auf die Sensation angewiesen. Eine Presse, die in einem starken Inseratenteil wurzelt, was nicht immer mit der Höhe der Auflage zusammenfällt, hat das auch nicht so notwendig u. dgl. mehr. Ich kann darauf hier nicht weiter eingehen. Wie sehr aber die Sensation eine Rolle spielt, habe ich gesehen, wenn ich mit persönlich sehr kultivierten Korrespondenten großer amerikanischer und englischer Zeitungen gesprochen habe. Sie haben mir erklärt: »Wir würden so gern rein sachliche Artikel hinüber telegraphieren, haben es auch schon getan; das wandert aber in die Papierkörbe. Man erwartet von uns, daß wir Blutvergießen und Aufruhr melden. Wir haben unsere strikten Instruktionen darüber.« Das ist natürlich nicht nur in England und Amerika der Fall. Gerade dort gibt es auch Blätter von vorbildlicher Sachlichkeit. Die höchste Ausbildung dieser Sensationspresse hat im Osten Europas stattgefunden, leider nicht weit von meiner eigenen Heimat, und auch das hat seine tieferen soziologischen Gründe. Es scheint, daß diese Art Journalistik mit dem Aufkommen der extremen Links- und Rechtsparteien auch in Deutschland sich mehr und mehr ausbreitet. Der Hauptheld der jetzigen deutschen Jugend ist ja leider aus meiner Heimat eingewandert.

Es ist noch ein Moment zu erwähnen, das bisher gar nicht an-

geführt worden ist. Aus dem Leserfangbedürfnis der großen Blätter, aus dem Bedürfnis nach Ablenkung und Vernebelung erklärt sich jene eigentümliche Allianz zwischen Nationalismus und Kapitalismus, die wir heute in sehr vielen Ländern sehen. Ich betrachte natürlich den Nationalismus keineswegs nur als einen Ausdruck des Kapitalismus. An und für sich könnte der Kapitalismus eben so gut antinationalistisch und pazifistisch sein. Aber wir sehen doch in der Praxis überall diese Allianz, und es hat dies seinen Grund darin: Die stärkste Kraft der Gegenwart ist nicht der Kapitalismus, sondern der Nationalismus. Er ruft die primitivsten Instinkte wach und wendet sich daher an den größten Teil der Menschen. Selbst die Antinationalisten unterliegen ihm mehr oder weniger oder können sich von ihm nicht ganz frei machen. Es ist daher sehr begreiflich, daß Zeitungen, die eben als Geschäft betrieben werden, die möglichst viele Leser an sich fesseln müssen, sich diesen Schlagworten dienstbar erweisen, vielleicht nicht in der extremsten Form, aber sie begünstigen ihn durch die Auswahl der Nachrichten, durch die Kommentierung, die Schlagzeilen und ähnliche Dinge.

Es scheinen sich ferner zwei Tendenzen durchzusetzen. Einesteils verdrängt der Typus der alle Interessen des Lebens umfassenden Zeitung immer mehr und mehr das ursprüngliche bloße Nachrichtenblatt, das Blatt, wie es lange den Typus der englischen Zeitung bildete, das einfach news brachte und neben dem eine reiche Fülle von kleineren Zeitungen, von Revuen, von kritischen Blättern Platz hatte, durch die auch unabhängige Köpfe emporkamen und manchmal ohne großes Kapital großen Einfluß erlangen konnten.

Dieser Typus der Zeitung wird immer mehr und mehr durch den anderen zurückgedrängt, der auf dem Kontinent aufgekommen ist und der sich allmählich auch in England mehr und mehr durchgesetzt hat, durch die Zeitung, die einfach alle Bedürfnisse des Lesers vom Politischen und Religiösen bis zur Kochkunst, zum Gartenbau und zur Kinderstube zu befriedigen strebt. Das hat nun allerdings den Nachteil, daß eben für solche unabhängigen Köpfe kein Raum mehr übrigbleibt; denn eine Zeitung zu gründen in Konkurrenz mit diesen Riesenunternehmungen, das erfordert so viel Kapital und einen solchen Apparat, daß es fast unmöglich ist. Diese Köpfe werden also entweder ausgeschaltet oder sie müssen sich in das Joch der kapitalistischen Zeitungsunternehmung eingliedern und sich dort betätigen.

Zweitens ist folgendes zu bemerken. Meiner Meinung nach verdrängt auch die offen oder versteckt klassenmäßig eingestellte Presse immer mehr und mehr die neutrale Presse. Gewöhnlich geht das unter dem Schlagwort der Unterscheidung von bürgerlich und nichtbürgerlich, ein Schlagwort, das man nebenbei gesagt, gar nicht ins Englische übersetzen kann. Ich habe mich oft geplagt, diesen Sinn des Wortes »bürgerlich« Engländern begreiflich zu machen. Weder bourgeois, noch middle class oder capitalist passen ganz. Antilabour wäre noch die richtigste Übersetzung. Nein, ich beschuldige keineswegs das Bürgertum als Ganzes, daß es gegen die Arbeiter gerichtet ist. Das aber, was hier mit dem Wort »bürgerlich« gemeint ist, ist doch tatsächlich antilabour. Anders kann ich es ins Englische nicht übersetzen. Ich wollte nur sagen: Was in diese Antithese nicht hineinpaßt — ich spreche hauptsächlich aus Erfahrungen in meinem Heimatlande Österreich —, das wird einfach aus den Pressebetrieben ausgeschaltet.

Dabei geht diese Tendenz heute auf der sogenannten bürgerlichen Seite noch viel weiter und wird dort viel schärfer betrieben als auf der anderen Seite. Der Klassenkampf wird jetzt gerade von der »bürgerlichen« Seite besonders radikal geführt. Da tut sich eine ganz neue Zensur auf, worüber ich sehr bemerkenswerte Dinge sagen könnte. Meine Zeit ist aber zu Ende. Aus all diesen Gründen kann ich jedenfalls dem letzten Leitsatz von Herrn Prof. Brinkmann nicht zustimmen, wo er meint, daß sich auf Grund aller der von ihm geschilderten Verhältnisse nicht ungünstige Voraussetzungen für das Entstehen einer neuen aristokratischen Schicht führender Geister herausbilden. Da bin ich doch etwas pessimistischer.

Professor D o v i f a t:

Meine Damen und Herren! Der Herr preußische Kultusminister hat heute früh in seiner Begrüßungsrede davon gesprochen, daß die Soziologie ihre Probleme gleichsam in einem Kosmos löse, weil sie die Beziehungen zwischen dem Einzelnen und der Allgemeinheit zu erörtern habe. Ich muß sagen, daß ich sowohl nach dem Verlauf der Debatte als auch nach den Vorträgen von heute morgen mit meiner eigenen jungen Disziplin, mit der Zeitungswissenschaft, auch in einen Kosmos hineingerissen worden bin. Was mich fast verwirrt, sind die mannigfachen Standpunkte, die wir schon in dieser Debatte kennengelernt haben. Ich führe diese verwirrende Fülle auf den Universalismus der Zeitung zurück. Aus der Universalität der Zeitung pflegt jeder, wo er auch stehen mag, in jeder gelehrten, in jeder praktischen Disziplin, sich von seinem Standpunkt aus mit der Zeitung zu beschäftigen. Als Zeitungswissenschaftler bin ich in der glücklichen Lage, das, was ich zur soziologischen Darstellung zu sagen habe, aus dem genau umgrenzten Gebiet meiner Disziplin heraus sagen zu können.

Wir Zeitungswissenschaftler gehen bei unserer Betrachtung von der Tatsache »Zeitung« aus. Wir sehen in ihr eine Wechselwirkung zwischen geistigen, technischen und wirtschaftlichen Kräften. Diese Wechselwirkung ist es, die wir zunächst erforschen. Wenn wir mit der Beobachtung der Zeitung als solcher in diesem Sinne weitergekommen sind, dann, glaube ich, werden wir Ihnen gerade, die Sie aus den verschiedensten Blickwinkeln die Dinge sehen, ein Material für Ihre Betrachtungen bieten können, das Sie weiterführt.

Da es nun ganz unmöglich ist, die große Zahl von Problemen, die in beiden Referaten aufgeworfen wurden, hier zu beleuchten, beschränke ich mich kurz auf einen Leitsatz, der vom ersten Redner ausgesprochen und vom zweiten Redner sehr stark unterstrichen worden ist. Es ist der Satz: »Die Presse macht die Partei. Ihr — nämlich der Partei — sind die politischen Mittel entglitten.« Ich finde diese Feststellung typisch soziologisch. Wie sollte der Soziologe auch zu einer andern Formulierung kommen, er, der gesellschaftliche Gruppen und damit die Partei besonders zum Gegenstand seiner Forschung gemacht hat. Wir, die wir die P r e s s e zum Gegenstand unserer Forschung machen, suchen vergeblich nach den großen Parteien, die den großen Zeitungsunternehmungen entsprechen müßten.

Es gibt Fälle in Deutschland, wo die größten Parteien die kleinsten Zeitungen haben. Und die größten Zeitungen haben oft heute nur mehr Splitterparteien hinter sich. Hat das nicht der 14. Septem-

ber gezeigt? Müssen wir das Ergebnis des 14. September nicht auch wissenschaftlich prüfen und die entsprechenden Folgerungen ziehen?

Wenn wir diesen Satz jetzt umdrehen, dann müßte doch eigentlich jede anwachsende Partei durch ihre Presse gemacht sein. In Wahrheit sehen wir das umgekehrte. Eine Reihe von Fällen sind hier genannt worden. Ich will sie selbst nur durch wenige ergänzen. Die Wirtschaftspartei hat, wie Sie wissen, eine Mandatsziffer von einigen zwanzig wieder erhalten und auch in der Wahl von 1928 gehabt, und die Wirtschaftspartei hat überhaupt keine Presse, wenigstens keine Tagespresse.

Von der Nationalsozialistischen Partei ist das Notwendige bereits gesagt worden. Ich will aber, da wir Zeitungswissenschaftler die Dinge immer international anschauen, auch ein internationales Beispiel geben. Die englische Arbeiterpartei ist ohne eine große Zeitung regierungsfähig geworden. Den Daily Herald, dieses während des Wachstums der Labour Party noch wirklich sehr kleine Blatt, wird man unmöglich als eine große Zeitung einschätzen können. (Zuruf: Wochenblätter hatte sie!) — Die Wochenpresse hat auch die Wirtschaftspartei. Ich führe das Wachstum der Wirtschaftspartei eben auf diese vielen kleinen interessenpolitisch gebundenen Blättchen zurück. Interessant ist nun, daß jetzt die Labour Party, nachdem sie eine große Partei ist und nachdem sie in der Regierung ist, sich ihre Zeitung als Blatt großen Typs zu schaffen im Begriff ist. Hier hat also die Partei die Zeitung geschaffen und nicht umgekehrt.

Besonders wichtig scheint uns zu sein, daß man dem Problem der Massenpresse nachgeht. Da muß ich sagen: Es ist nicht richtig, diese Presse als »neutral« zu bezeichnen. Wenn nach den noch problematischen Statistiken etwa 53% der deutschen Zeitungen sich als »unpolitische« und »neutrale« Zeitungen bezeichnen, so ist diese Bezeichnung durch bestimmte Gründe veranlaßt. Richtig ist sie aber nicht. Alle diese Zeitungen sind politisch, haben eine Meinung! Ich habe mich gefreut, daß Kollege von Eckardt mit solcher Schärfe die unbedingte Subjektivität der Zeitung unterstrichen, und daß er von der Wechselwirkung zur Öffentlichkeit hin gesprochen hat. Das mußte ihn eigentlich zur Auffassung bringen, daß auch in ihren Beziehungen zur Partei die Presse nicht so spontan und anregend vorgeht.

Ferner hat Kollege von Eckardt gemeint, daß die Zeitung die Sparte des Sportes geschaffen habe. Ganz so ist das nicht. Gerade die Entwicklung der Sportressorts zeigt aufs deutlichste das, was wir zeitungswissenschaftlich den »Ruf der Öffentlichkeit an die Zeitung« nennen. So etwas gibt es. Nicht der Redakteur der 70er oder 80er Jahre, der sein großes Gesinnungsblatt redigierte, ist auf den Gedanken gekommen, Sportnachrichten zu bringen. Er war viel zu vornehm, auf die Sportplätze zu gehen und Rekordergebnisse nach Hause zu bringen. Der Sport ist aus dem Publikum in die Zeitung hineingewachsen. Viele von Ihnen werden es erlebt haben, als der lokale Teil, diese Urmutter jeder neuen Zeitungssparte, auf dringendes Bitten einer Sportvereinigung das Ergebnis eines Fußballmatches gebracht hat, und wie so langsam eine Sportberichterstattung herauswuchs. Die Presse hat anfangs diese Dinge nicht gefördert, sondern ist ihnen oft sogar entgegengetreten. Ähnlich ging es mit dem Film. Ich entsinne mich, als das Kino aufkam. Da sagte mir ein Redakteur: »Jetzt hat uns tatsächlich ein Mensch geschrieben, wir sollen diese Flimmerei

kritisieren!« Bitte denken Sie demgegenüber an die heute so entwickelte Kinokritik.

Genau so verhält es sich mit der Handelsberichterstattung. Die Handelsberichterstattung, soweit sie meinungsmäßig bestimmt gewesen ist — ist dadurch groß geworden, daß, als seinerzeit die ersten Aktiengesellschaften aufkamen und zu Schwindelgründungen benutzt wurden, die Öffentlichkeit forderte: Hier, du Zeitung, du hast die Pflicht, dich um diese Dinge zu kümmern und uns zu sagen, wo Unternehmungen gut und wo schlecht sind. Denken Sie an die Überraschungen des jungen Leopold Sonnemann, als er sein kleines fast privates Beratungsblatt gegründet hatte, seinen privaten Kursbericht zunächst vertrieb und plötzlich sah, daß an diese als Firmenblatt vertriebene Zeitung unerwartet große publizistische Aufgaben herantraten. Das müssen wir bedenken, wenn wir den »Ruf der Öffentlichkeit« an die Zeitung verstehen wollen.

Nun die Frage der F ü h r u n g in der Massenpresse. Wir Zeitungswissenschaftler gehen hier von vornherein darauf aus, nur ganz konkret an Hand der Tatsachen zu arbeiten. Die beiden Beispiele, die ich dazu vortragen möchte, stammen aus der angelsächsischen Welt, die früher als Deutschland ein lebhaftes, größeres und kapitalkräftigeres Pressewesen entwickelt hat. Ich sehe dies Führerproblem positiv und negativ in zwei Persönlichkeiten verkörpert. In H e a r s t und in N o r t h c l i f f. Der eine verkörpert das umgekehrte Prinzip des anderen. Es ist ein so typisches Beispiel, daß ich es immer wieder abgewandelt habe. Sie wissen, daß die Hearstpresse sich g e g e n den Eintritt Amerikas in den Weltkrieg ausgesprochen hat. Sie hat das mit einem gewissen Schneid und einer Entschiedenheit getan, die es fertig brachte, aus maßgebenden Kundgebungen der amerikanischen Regierung bei Kriegsausbruch die wesentlichsten Sätze herauszustreichen. Da ist, angestachelt durch die mit der Meinungsbildung der Presse konkurrierenden Kräfte, durch die Rede, durch den Film, durch das Radio, die damals unter Einfluß der Entente bereits in kriegsfreundlichem Sinne geführte amerikanische Öffentlichkeit gegen Hearst aufgestanden, hat seine Verlagshäuser gestürmt, seine Zeitungen verbrannt. Hearst mußte schleunigst das Segel herumwerfen und in kurzer Zeit war er im allgemeinen Kriegssturm mitten drin.

Umgekehrt Northcliff. Ich möchte zu dieser Persönlichkeit gerade hier sagen: Wir kennen diesen Mann als grimmigsten, leider auch erfolgreichsten Feind Deutschlands; wir müssen aber auch dahin kommen, ihn in seiner publizistischen Leistung als großen Verleger und genialen Journalisten kennenzulernen. In England, wo nicht die scharfe Pressezensur bestand wie in Deutschland, hat Lord Northcliff mit den »Times« und der »Daily Mail« es fertiggebracht, den Lord Kitchener, in einer Zeit (Frühjahr 1915), als England von ihm als dem Nationalhelden schwärmte, in wenig Monaten durch einen Feldzug gegen die verfehlte Munitionsorganisation zu stürzen. Wie gegen Hearst entbrannte auch gegen Northcliff damals die Massenwut, aber im Gegensatz zu Hearst gab Northcliff n i c h t nach. Er ist ein so fähiger Führer öffentlicher Meinungen gewesen, daß es ihm geglückt ist, die englische Masse in kurzer Zeit in seine Meinung herüberzureißen.

Ich möchte damit auch das praktische Ziel zeigen haben, für das wir Zeitungswissenschaftler mit der Soziologie zusammenarbeiten möchten. Herr Kollege von Eckardt hat das heute früh bereits skiz-

ziert, und ich möchte es nur unterstreichen. Es ist die Größe der Führerpersönlichkeit Northcliffs gewesen, die es fertiggebracht hat, diese Massenpresse, deren Abhängigkeit von der Öffentlichkeit ich sonst in allem konzedere, hier zur starken Führung dieser Öffentlichkeit wirksam auszunutzen. Meiner Ansicht nach kommt es in dieser fatalen und schwierigen Wechselwirkung zwischen der Meinung der Masse und der Meinung des Führers eben darauf an, den Führer so stark wie möglich zu machen. Auch den Führer in der Zeitung! In einer politisch so schwierigen Zeit, nach den Erlebnissen der letzten Wochen begrüße ich es als Zeitungswissenschaftler, daß die Soziologie Veranlassung genommen hat, auch von diesem Standpunkt aus diese Dinge zu beleuchten. Was wir von der Auswirkung unserer Arbeit im Praktischen erreichen müssen, ist Stärkung der Persönlichkeit zunächst gewiß auf der Seite der Zeitungsleute, dann aber auch beim Leser: Aufklärung der Öffentlichkeit über das, was die Zeitung ist, wie sie wirkt und aufgebaut ist. Daran müssen wir arbeiten. Ich zweifle nicht, so lange diese Arbeit auch währen wird, schließlich wird sie Erfolg haben, den Erfolg, daß unser öffentliches Leben gesunder und wirkungskräftiger arbeitet, als das heute der Fall ist.

Privatdozent Dr. Voegelin:

Meine Damen und Herren! Erlauben Sie eine kurze Bemerkung zu dem Referat von Herrn Prof. Brinkmann von heute morgen. Die wesentliche Ergänzung, die ich zu dem Referat vorbringen wollte, hat Herr Prof. Schmitt schon vorweg genommen, indem er darauf hinwies, daß jene Konzeptionen der öffentlichen Meinung historisch als Kampfbegriffe ursprünglich in den Ländern der westlichen Demokratie gefunden worden sind. Wir haben im Deutschen gar keine angemessene Bezeichnung des Begriffes *opinion*, und auch der Gegenbegriff der Aktion, den Herr Prof. Schmitt entwickelt hat, ist wesentlich auf französischem Boden erwachsen, deutlich zu fassen etwa in dem Begriff der *Action Française*.

Ich möchte nun an Herrn Prof. Brinkmann betreffend den Ausgangspunkt seines Referates eine Frage richten. Er knüpft an die verspätete demokratische Entwicklung Deutschlands an. Im Zusammenhang mit dieser verspäteten demokratischen Entwicklung steht nun auch die besondere Struktur der deutschen öffentlichen Meinung, daß sie ein Sekundärgebilde ist gegenüber jenem Primärgebilde der in Frankreich und England erwachsenen öffentlichen Meinung. Die französische und englische Publizistik ist durchaus befangen, möchte ich beinahe sagen, von einer bestimmten politischen Idee, eben einer Idee, innerhalb deren ein Meinungs-austausch möglich ist, der Meinungs-austausch des besitzenden und gebildeten Bürgertums. Die französische öffentliche Meinungs-Idee im besonderen ist durchaus mit der bestimmten sozialen Situation verbunden, daß eine bestimmte Gruppe, das gebildete, besitzende Bürgertum, die herrschende ist. Dort, wo sich das Zeitungswesen nicht unmittelbar als Ausdruck, als Diskussionsform einer solchen gebildeten Bürgerschicht darstellt, muß notwendig auch das gesamte Verhältnis von Presse und öffentlicher Meinung ein anderes sein. Also jener Gesamttitel, den das heutige Thema dieser Tagung hat, Presse und öffentliche Meinung, muß noch etwas näher in der Richtung erläutert werden, daß das Verhältnis

zwischen Presse und öffentlicher Meinung in den Ländern westlicher Demokratie ein ganz spezifisches, originelles und dadurch bedingt ist, daß es sich um Presse und öffentliche Meinung eines gebildeten besitzenden Bürgertums handelt.

In Deutschland, wo es eine demokratische Entwicklung nicht in der Form gegeben hat, daß sie vom besitzenden, gebildeten Bürgertum in seiner eigenen Presse getragen wurde, treten daher auch jene Probleme viel schärfer heraus, die gegenwärtig bis zu einer gewissen Krise im Verhältnis der Presse zur öffentlichen Meinung geführt haben. Ich meine jenes Problem, daß das Zeitungswesen heute eine vollständig andere Stellung gegenüber der, sagen wir, politischen Formung eines Volkes hat. Solange sich die Presse nur an das gebildete und besitzende Bürgertum richtet, aus ihm hervorgeht, ist damit ein bestimmter Inhalt, ein bestimmtes Niveau der geistigen Erörterung verbunden und damit eine gewisse Höhe der Sprachform, die notwendig im Augenblick verschwinden müssen, wo jene Gruppen, an die eine Presse sich wendet, gar nicht in der Lage sind, einen genauen Gedanken zu fassen, wenn ferner bestimmte politische Ideen, die Ideen des besitzenden Bürgertums, nicht die einheitlichen einer Nation sind. Wir haben überhaupt keine Diskussion zwischen Blättern in dem Sinne, wie sie zwischen den englischen und französischen Zeitungen möglich ist. In unserer besonderen deutschen Situation zeigt sich vielmehr, daß das Pressewesen, das in seiner Beziehung zur öffentlichen Meinung eine typisch englisch-französische Originalform gehabt hat, jetzt in ein neues Stadium eintritt, daß die Presse bei uns gar nicht mehr so unbedingt wesentlich ist für die Bildung einer öffentlichen Meinung. Sie haben die verschiedenen Beispiele dafür gehört. Es wurde darauf hingewiesen, daß gerade diejenigen politischen Parteien, die über die geringste Presse verfügen, außerordentliche Erfolge errungen haben. Sie haben über die verschiedenen anderen Wege zur Bildung politischer Gruppen, zur Bildung öffentlicher Meinung gehört.

Im Zusammenhang damit eine weitere Sache, die doch, möchte ich sagen, etwas bagatellisiert worden ist, daß nämlich, weil die Presse nicht mehr Diskussionsform einer großen bürgerlichen Ideologie ist, ein geistiger Verfall im Pressewort, im Zeitungswort eingetreten ist, den man nicht einfach damit erledigen kann, daß man sagt: Das Zeitungsdeutsch ist schon nicht so schlimm. Man muß immerhin bedenken, daß in der Action Française der führende Mann ein Mann wie Maurras ist, der seinen Ruf gerade dem Umstand verdankt, daß er ein hervorragender Literat, ein Künstler des Wortes ist, während bei uns die Persönlichkeiten, die in der Aktion führen, keineswegs große Künstler des Wortes sind. Also auch hier zeigt sich im Westen trotz der Aktion und einer eigentlichen Auflösung der opinion noch der Zusammenhang mit einer bestimmten Sprachkultur, während bei uns dieser Zusammenhang gelockert ist.

Deshalb glaube ich auch, daß der optimistische Ausblick Herrn Prof. Brinkmanns am Ende seines Referates nicht berechtigt, ich glaube vielmehr, daß größter Pessimismus hier am Platze ist. Wenn ich das Ergebnis der Diskussion zusammenfassen darf, so macht es mir fast den Eindruck — fast alle Vorredner haben Ähnliches ausgesprochen —, daß die Diskussion über Presse und öffentliche Meinung beinahe eine Diskussion darüber ist, daß die Presse mit der öffent-

lichen Meinung, zum mindesten bei uns heute, wenig mehr zu tun hat. Öffentliche Meinung wird auf anderen Wegen als mit Hilfe der Presse gemacht — natürlich nicht ausschließlich —, und ich würde mich freuen, wenn Herr Prof. Brinkmann sagen würde, wie er sich die spezielle Ausgestaltung dieses Verhältnisses in Deutschland vorstellt.

Präsident Geheimrat T ö n n i e s:

Meine Damen und Herren! Die Rednerliste ist erschöpft. Es haben aber noch die Herren Referenten Anspruch auf Schlußworte, und es wird der eine von ihnen diesem Anspruch gerecht werden. Ich möchte noch, ehe ich hier abtrete, im Namen der Gesellschaft den Dank aussprechen für die beiden tief durchdachten und geistvollen Referate, die wir heute gehört haben, und an die sich eine sachlich wertvolle Diskussion geknüpft hat, die eben der letzte Herr Redner zu resümieren einen kleinen Anfang machte. Ich wollte, daß ich in der Lage wäre, ein Resümee dieser Debatte und des Eindrucks der ihr zugrunde liegenden Vorträge zu geben. Ich kann nur meinerseits sagen, daß sowohl die Vorträge als auch die Debatte für mich und, wie ich hoffe, für alle Zuhörer, belehrend gewesen sind, daß es ein gutes Ergebnis ist, woran wir teilnehmen.

Natürlich hat jeder auf seine Art etwas darin vermißt, und jeder hätte vielleicht das Problem ein wenig anders angefaßt. Es ist natürlich nicht mehr von unseren Tagungen zu verlangen, als daß sie solche Probleme in Bewegung setzen und ihnen einige Nahrung geben, daß sie wenigstens eine Zeitlang leben können. Und von diesem Problem meine ich, daß es durchaus leben muß.

In diesem Sinne begrüße ich auch die **Z e i t u n g s w i s s e n s c h a f t**. Wenn Herr Prof. Dovifat mir zum Vorwurf gemacht hat, daß ich die Zeitungswissenschaft nicht liebe, so ist das ein Mißverständnis gewesen, deren es immer viele gibt. Ich habe nämlich nur an dem **W o r t** Zeitungswissenschaft einen kleinen Anstoß genommen, nicht an der Sache, die ich für durchaus wertvoll halte. Aber ich meine, es muß nicht jede Sache, über die man sehr nützliche Studien macht, gleich den Namen einer besonderen Wissenschaft haben; denn dann gäbe es innerhalb der Zoologie eine Hühnerwissenschaft, eine Entenwissenschaft, eine Wissenschaft der Schwäne, die übrigens recht schön wäre. Das ist nicht nötig. Aber ich kann das nicht ändern, und ich bin auch bereit, mich in den Zustand zu ergeben, daß man eine Zeitungswissenschaft aufbaut, die, wie ich hoffe, eine gute Zukunft haben wird.

Wenn ich auch in einem Wort sagen darf, was ich vermißt habe, was nicht in erschöpfender Weise zur Geltung gekommen ist, das ist einmal, daß nur im Vorübergehen von dem Charakter der heutigen großen Zeitungen als großer kapitalistischer Unternehmungen die Rede gewesen ist. Das ist natürlich ein ganz anderes Problem, als das, wie sie im Verhältnis zum Kapital als mächtigem Faktor nicht nur des wirtschaftlichen, sondern auch des politischen Lebens stehen. Ich meine nämlich, daß das Eigentümliche, was Herr Kollege Kapp sehr gut hervorgehoben hat, eben darin liegt, daß dieses kapitalistische Unternehmen mit der bloßen Produktion von Nachrichten, wie Herr Kapp sagte, eine so große Macht entfalten konnte, und daß in dieser Hinsicht das Publikum den Zeitungsverfassern, über die leider oft unter

Schimpfnamen wie Zeitungsschreiber oder Zeitungsschmierer oder Schorrrnalisten geklagt wird, sozusagen ausgeliefert wird, daß es dagegen wehrlos ist, daß es sich sagen lassen muß, was seine Zeitung schreibt. Dazu kommt dann die liebe Einfalt, daß die meisten Zeitungsleser das nehmen, was »ihre« Zeitung vorbringt und sagen: Es ist wahr; denn es ist gedruckt, wogegen sich gleich eine Opposition erhebt, die sagt: Es ist gelogen, denn es ist gedruckt.

Aber es ist eine bekannte Tatsache, die in Literatur und Presse viel erörtert worden ist, daß die wahren Herren der Zeitung oder wenigstens mancher Zeitung die Inserenten sind. Das Eigentümliche der Zeitung ist, daß sie gleichzeitig ein Organ zur Verbreitung von privaten Gesuchen, Bewerbungen, Anerbietungen ist, abgesehen von privaten Mitteilungen, daß sie insbesondere den Arbeitsmarkt indirekt beherrscht. Vielfach ist es daher so, daß Leute, deren politische Meinung mit der Zeitung gar nicht übereinstimmt, darauf angewiesen sind, eine solche Zeitung zu halten. Auf der anderen Seite ist es so, daß die großen, mächtigen Inserenten einen oft verheerenden Druck auf die Zeitungen ausüben, sobald ihnen etwas mißfällt und ihre Interessen schädigt, die nicht immer ihre persönlichen, sondern Parteiinteressen, Standesinteressen, Klasseninteressen, Interessen als Angehörige oder Aktionäre einer gewissen Art von Betrieben sind. Wenn die Zeitungen diesen Interessen entgegen sind, so sind die Inserenten gegen die Zeitung und drohen damit, ihre Inserate zurückzuziehen, und das kann für die Zeitung verhängnisvoll sein. Es findet da eine Wechselwirkung statt, die nicht immer im Interesse der Meinungsfreiheit der Journalisten selbst liegt.

Das möchte ich auch noch zur Ergänzung dessen, was Herr Prof. Kapp, mit dem ich sonst sehr übereinstimme, gesagt hat, bemerken, daß es sich eben nicht bloß um die Produktion von Nachrichten, sondern sogar mehr und mehr um die Produktion von Meinungen, von Urteilen handelt. Das interessante Problem ist dann: Wieweit sind diese Urteile wirklich freie Urteile, wie auch schließlich das wissenschaftliche Urteil nur als Ideal in hoher Geltung steht, aber doch so, daß es relativ frei ist, wenigstens soweit die Wissenschaft die auch schon in reaktionären Verfassungen gewährte verfassungsmäßige Freiheit besitzt, die in der Praxis natürlich nicht immer so aussieht, wie sie auf dem Papiere steht. Aber die Tatsache, daß die Zeitungen eben Urteile und Meinungen in so hohem Maße fortwährend produzieren, ergibt das Problem: Wie verhalten sich diese Meinungen zu den sonst in der Welt umlaufenden und zwar best-beglaubigten Meinungen? Da meine ich nicht eine Erscheinung, die in mancher Hinsicht die Zeitungen von ihrer ungünstigsten Seite zeigt. (Zuruf: Kino!) — Das auch, daran denke ich nicht; ich lebe mehr in Vorkinozeiten, weil ich zu alt bin. Ehemals hat es auch schon die Tatsache gegeben, daß z. B. in Hinsicht auf die Sozialpolitik und Sozialreform in den bürgerlichen Kreisen, die nicht unmittelbar im Geschäftsleben standen, und die man noch im Unterschiede von dem Besitz die Gebildeten nennt, die gebildete Meinung eben nicht öffentliche Meinung werden konnte, weil sie von den Zeitungen entweder totgeschwiegen oder entstellt oder überhaupt in den Hintergrund geschoben wurde. Es war so, daß ausgezeichnete Männer, wie z. B. unter den Nationalökonomien Lujo Brentano, Gustav Schmoller, Adolf Wagner, G. F. Knapp u. a., die

innerlich, auch wenn sie es nicht aussprachen, sozialistischen Meinungen viel näherstanden als irgendwelchen bürgerlichen Zeitungen, nicht leicht eine solche mit der gebührenden Achtung sich annahm, daß sie als Kathedersozialisten oder als unpraktische Professoren verspottet wurden. Es waren auch wieder die katholischen, also die Zentrumszeitungen, die dieser Richtung näherstanden, teils auf Grund des katholischen Denkens im allgemeinen, teils auch dadurch, daß der große weit verbreitete Stand der Kapläne, der niederen Geistlichkeit, immer mit den arbeiterfreundlichen Tendenzen sympathisierte, auch aus dem Grunde, weil sie ihren Einfluß auf die Arbeiterklasse zu behaupten ein starkes Interesse hatten. Auf die öffentliche Meinung hatten die großen liberalen Zeitungen bei weitem stärkeren Einfluß, und sie nahmen, mit einzelnen Ausnahmen, gegen alle Vermittlung in der sozialen Frage, gegen die Anleitung zu ihrem besseren Verständnis, Partei. Es gilt ja überhaupt: wenn Männer und Frauen dieser Art tot sind, dann können sie sehr schöne Nekrologe haben; solange sie leben, werden sie an die Wand gedrückt und kaum gehört: das ist eine Erfahrung, die ich auf Grund meines langen Lebens hier betonen möchte. Ich will es aber nur andeuten, kann es nicht eingehend begründen, nicht so, wie es sein müßte, modifizieren.

Im übrigen möchte ich noch sagen, daß ich auch in dem Sinne den Inhalt dessen, was Zeitungswissenschaft genannt wird, begrüße, als ich meine, es würde sehr der Aufklärung dienen, wenn uns einmal eine streng sachliche, wahrheitsgemäße Entwicklungsgeschichte des Zeitungswesens, wenn auch nur für Deutschland, geboten würde. (Zuruf: Es gibt ja verschiedene!) — Aber nicht unter großen kritischen, ich möchte sagen geschichtsphilosophischen oder soziologischen Gesichtspunkten. Das gibt es bisher nicht und konnte es auch bisher nicht geben. Das kann vielleicht auch diese Tagung als wünschenswerte Wirkung zur Folge haben, daß in dieser Hinsicht die Meinungen sich einmal klären, und daß vor allen Dingen auch das öffentliche Bewußtsein in einem bedeutenden Maße sich von der Knechtschaft ablösen möge, die im großen und ganzen das Merkmal des Philisters ist, von der Abhängigkeit der Meinung von Zeitungen im allgemeinen und jedesmal des Parteimenschen von seiner Zeitung.

Zum Schlußwort erteile ich das Wort Herrn Professor v. Eckardt.

Schlußwort von Professor v. Eckardt:

Nur ein paar Bemerkungen ergänzender Natur. Ich hätte selbstverständlich noch hinzufügen müssen, daß im Gesamtbegriff Presse die Fachpresse zu nennen ist, und ich glaube, wenn man die in Deutschland sehr verbreitete Fachpresse entsprechend würdigt, dann wird man eine Reihe von Erscheinungen, die in der Diskussion auf eine andere Weise betrachtet worden sind, ganz gut mit meinen Darlegungen in Einklang bringen können. Ich glaube, daß z. B. die Wirtschaftspartei tatsächlich von der farblosen Presse wie von der Fachpresse bestimmte Impulse bezogen hat, und daß »zwischen den Zeilen« jene Arbeit der Beeinflussung und Färbung geleistet worden ist, wie sie sonst bei einem Parteiblatt gemacht wird.

Was die andere Bemerkung anbetrifft, daß Parteien und Presse in einem bestimmten Verhältnis zueinander stehen, so ist es wohl nicht ganz richtig, wenn einige der Herren Diskussionsredner die

Eindrücke der letzten Wahlen hier nachklingen ließen. In diesen Wahlen haben, wenn ich das so umreißen darf, nicht nur Parteien gegeneinander gekämpft, sondern eine noch nicht ganz formierte Bewegung mit einem typischen, bisher nicht erprobten, nicht eigentlich deutschen verfassungsmäßigen Organisationsprinzip ging unter Anwendung völlig anderer politischer Mittel gegen die alten Parteien vor. Es fragt sich aber, ob jene Gruppierung und Bewegung, die jetzt einen so großen Erfolg hat, und die hier genannt wurde, eine »Partei« werden wird. Wenn sie eine Partei werden sollte und damit ihren Bestand vielleicht für einige Zeit erhält, dann wird sie sich bestimmt und sofort nach einer Presse umsehen, und dann würde meine Behauptung, etwas abgemildert, gelten: Die Fixierungen, die dann im schriftlichen Wort geprägt werden, werden für das Schicksal dieser Partei genau so bindend sein, wie die Fixierungen, die jetzt in der öffentlichen Meinung als Presse so wichtig sind für die anderen Parteien.

Der publizistische Wille, von dem ich gesprochen habe, ist von Herrn Kollegen Kapp und anderen Diskussionsrednern etwas zu sehr als ein primär politisch-parteimäßiger ausgedeutet worden. Das ist er aber gerade nicht. Er ist ein Einwirkungswille schlechthin, ein sich schriftlich äußernder Wunsch zu wirken. In welcher Richtung, das ist sehr verschieden. Ich glaube, in dieser Hinsicht brauche ich wirklich nichts zurückzunehmen, zumal wenn ich noch einmal unterstreiche, daß die Wirkung vor allem in stärkstem Maße in den Fachblättern sämtlicher Gewerkschaften gesucht wird.

Nun noch etwas weiteres in dieser Richtung. Herr Kollege Dovifat hat sehr stark betont: er oder wir von der Zeitungswissenschaft. Ich glaube, daß das doch vielleicht anzuzweifeln ist. Ich gebe dem sehr geschätzten Herrn Vorredner da vollständig recht, wenn methodisch ein großer Unterschied in der Arbeit des Herrn Kollegen Dovifat und der eines Soziologen ohne weiteres nicht zu finden ist. Aber das ist eine andere Frage, die vielleicht einmal erörtert werden sollte.

Nun zu den Ausführungen von Herrn Chefredakteur Stampfer. Ich habe mit besonderem Interesse, was Herr Stampfer über die Preßfreiheit sagte, gehört. Preßfreiheit hängt heute doch nicht von einem Gesetz, sondern von administrativen Maßnahmen ab, und ich bitte Sie zu erwägen, ob uns nicht bei dieser oder jener Regierung, der Herr Stampfer nicht ganz fern stand, administrativen Maßnahmen zur Beengung jener Freiheit in Erinnerung geblieben sind. (Zuruf: Reichsverfassung!) — Ich persönlich habe doch gesehen, daß die Praxis bestimmter Behörden in bezug auf diese Dinge sehr stark gewirkt hat, und wir kennen eine ganze Reihe von Fällen — (Zuruf: Das ist eine andere Frage!) — Ich möchte trotzdem folgendes sagen: Von meinem Standpunkt aus sehen die Dinge so aus, daß hier der publizistische Wirkungswille von oben, vom Staat gehemmt wird. Ob sie ihn auf diese oder jene Art hemmen, darauf kommt es mir nicht so sehr an!

Zum Schluß will ich noch das eine sagen: Vielleicht ist auch in der Diskussion der Blick zu stark auf die, dem Umfang nach, große Presse gerichtet gewesen. Ich glaube, wir werden sehr viele Dinge Deutschlands anders beurteilen, wenn wir mit Hilfe der Zeitungskunde die kleine Presse in ihrer großen psychologischen Bedeutung mit berücksichtigen und erfassen wollen. Wenn wir von der Presse und der öffentlichen Meinung sprechen, dann müssen wir diese kleinen

Kräfte, die ja substantiell und kultur-politisch weder besonders interessant noch sehr wesentlich erscheinen und die sich etwa, auf das Gebiet der Literatur übertragen, so abheben, wie ein großer Schriftsteller sich von der Unterhaltungsliteratur abhebt, im Politischen und Kulturpolitischen dennoch berücksichtigen, verstehen und bewerten.

Schlußwort von Professor B r i n k m a n n:

Meine Damen und Herren! Ich habe von der Diskussion den dankbaren Eindruck, daß trotz aller Widersprüche, die im einzelnen erhoben worden sind, die Linien, die, wie ich vielleicht jetzt sagen darf, Herrn Kollegen v. Eckardts und mein Referat gemeinsam gezogen haben — denn leider kann infolge der mathematischen Unumkehrbarkeit der Zeitreihe zwar der Korreferent dem Referenten Komplimente machen, aber nicht der Referent dem Korreferenten; das darf ich jetzt nachholen —, in der Diskussion eigentlich mehr unterstrichen, als aufgehoben worden sind. Ich habe sogar den noch stärkeren Eindruck, daß von den einzelnen Diskussionsrednern diese verschiedenen Linien in vielen Fällen — nun bitte ich das wirklich ganz werturteilsfrei zu fassen — vergrößert worden sind. Allerlei Dinge sind von Diskussionsrednern ungleich stärker ausgedrückt worden, als wir Referenten das getan haben, und man könnte nun versuchen, wie ich es ironisch in meinem Referat von der modernen Presse überhaupt sagte, aus diesen Eindrücken so etwas wie eine »gute Mischung« zu kombinieren. Ich habe aber das Bedürfnis, doch ein paar Bemerkungen zu machen zu der großen Gruppe der Diskutierten i. A. und zu der kleinen Gruppe meines lieben Freundes Carl Schmitt, der immer auf seiner eigenen besonderen Linie steht.

Außer der Vergrößerung der Linien schien mir noch etwas anderes hervorzutreten. Es ist etwas, für dessen Beseitigung wir als Soziologen eigentlich am dankbarsten wären, daß sich klar der außerordentliche Mangel an Bekanntheit der relevanten Tatsachen, die zum heutigen Studium der Presse und der öffentlichen Meinung gehören, gezeigt hat. Ich könnte mir meine Aufgabe im Schlußwort sehr leicht machen, indem ich einfach dialektisch die Behauptung des einen Diskussionsredners gegen die des anderen ausspielte. Der eine spricht von einer ausgiebigen Filmkritik, der andere davon, daß sie den Zeitungen hat aufgezungen werden müssen. Das mag ein zeitlicher Gegensatz sein. Der eine spricht von einer gigantischen Pressemacht, die alles übrige schluckt und überschattet. Der andere, Herr Stampfer, spricht in einer sehr interessanten Wendung davon, daß in der Transformation der Revolution diese Giganten in einem Augenblick von den kleineren Pressemächten niedergelegt waren. Ich möchte allerdings vermuten: Nicht von den kleineren Pressemächten, sondern von den großen politischen und sozialen Mächten, die zufällig mit den kleineren Pressemächten verbunden waren.

Auch in dem heute vielleicht meist diskutierten Problem des Verhältnisses der Parteien zur Presse glaube ich, daß es an sich bequem wäre, die eine Behauptung mit der anderen zu kompensieren, obwohl ich gerade da das Bedürfnis habe, etwas ganz Systematisches zu sagen. Ich glaube genau wie mein Kollege v. Eckardt, daß wir mißverstanden worden sind, wenn wir etwa mit unserer Formulierung: »die Presse macht die Partei« ein Zurücktreten der Partei vor der

Presse behaupten wollten. Was ich behaupten wollte, war nur das immer stärkere Auseinandergehen dessen, was ursprünglich in der Entwicklung miteinander angelegt war. Das, was im 18. und 19. Jahrhundert völlig unzertrennlich gewesen ist, das Aufeinanderangewiesensein der Parteien und Zeitungen hat heute aufgehört. Wer da der mächtigere und maßgebendere ist, das kann von Fall zu Fall sehr wechseln. Das kann in einem Fall die große Presse sein, in einem anderen Fall eine kleine aber selbständige Partei sein.

Dieser Auseinanderfall von Presse und Partei bringt mich nun zum Systematischen zurück. Dies besteht darin, daß wohl schon Herr Kollege v. Eckardt in seinem Referat zwei Linien der Kritik an demjenigen, was ich mir auszuführen erlaubte, einschlug, wenn er nachher davon auch wenig ausgeführt hat. Diese Linien sind aber immer wieder in allen anderen Diskussionsreden angeklungen, nämlich erstens die Notwendigkeit der Unterscheidung allgemein zwischen den Pressen der verschiedenen Nationen, zwischen den verschiedenen Pressegeattungen, insbesondere sodann die Notwendigkeit der Unterscheidung auch zwischen den beiden großen heute auseinandergehenden Tendenzen einer sogenannten Kulturpresse und einer anderen Presse, in der politische Aktivität noch nicht wie in dieser Kulturpresse erstorben ist, sondern noch wirklich lebt. Ich muß zu meinem Bedauern gestehen, daß mir all diese Unterscheidungen notwendig erscheinen, daß es mir aber vorher noch notwendiger erscheint, in einer Weise, wie ich es in meinem Referat unzulänglich versucht habe, diese Dinge zunächst einmal gemeinsam zu behandeln. Wenn Herr Hertz in seiner Rede empfahl, nicht allzuviel von England zu sprechen, so habe ich mit Überraschung gesehen, daß er dann selbst nichts weiter getan hat, als von englischen Dingen zu handeln. Das ist durchaus eine Sache der beispieldmäßigen Induktion.

Ich glaube auch nicht, daß Herr Kollege Voegelin mit der These recht hat, daß ausgerechnet Deutschland heute eine national, staatlich und gesellschaftlich besondere Presseform gegenüber der älteren westeuropäisch-amerikanischen Presseform zu entwickeln im Begriff ist. Daran glaube ich nicht, und ich glaube in meinem Referat eine Reihe von Gründen genannt zu haben, die diesen Glauben bei mir nicht aufkommen lassen. Wir sind in Deutschland wie überhaupt wirtschaftlich und staatlich so auch in der Frage des Pressewesens in einer absoluten Mischform, in der niemand heute bereits eine Entwicklungstendenz erkennen kann, geschweige denn eine, die für uns besonders charakteristisch genannt werden könnte.

Was endlich die Scheidung von Kulturpresse und aktiver Staats- oder politischer Presse anbetrifft, so könnte man sich ja aussuchen, ob man das eine oder andere als Kompliment empfinden wollte, und ob sich demgemäß die Kulturpresse mit diesem Titel abfinden und auf eine politische Aktivität verzichten sollte oder umgekehrt. Ich mahne auch hier zur Vorsicht. Es ist einfach nicht richtig, daß aus dem Bedürfnis der allgemeinen kulturellen Einstellung, der Vermittlung von Schöpfungen heraus unsere Großpresse politisch nicht mehr aktiv ist. Das hat ganz andere, soziologisch viel handfestere Gründe.

Herr Kollege Kapp hat in einer eigentümlichen Weise die negative Beurteilung der Presseerscheinungen unterstrichen, und dann ist er mit einem Aplomb, den man nicht einmal meinen Schlußworten

nachrühmen darf, dazu übergegangen, von der Notwendigkeit der Aktualisierung zu sprechen, von dem Nichtbelogenseinwollen des Publikums und ähnlichen Dingen. Ich glaube, man muß sich klar machen, wie stark ideologisch all diese Dinge sind, und ich bedaure eigentlich — das ist das einzige, was ich bedauern kann —, daß auf dieses, in unserem engen Fachkreise vielleicht übermäßig diskutierte Problem heute fast gar nicht eingegangen worden ist. Denn ich glaube — damit nähere ich mich dem Gebiete meines Freundes Carl Schmitt —, daß dieser Unterschied von Kulturpresse und politisch aktiver Presse ein Unterschied ist, der nicht aus der inhaltlichen Einstellung des einzelnen Organs erwächst. Ich werte nicht positiv Kulturpresse als besser eingestellt und negativ staatliche Presse als nur durch ihren Publizitätswillen ausgezeichnet —, sondern ich sehe da nur soziologisch und vor allen Dingen wirtschaftlich relevante Tatsachen, die diese Entwicklung erzwingen. Eine der schönsten Reden, die ich in dieser Diskussion gehört habe, war die des Herrn Stampfer. Sie ist in einer außerordentlich präzisen Weise auf die zu dieser Fragestellung gehörigen Gedankengänge eingegangen, in dem Zugeständnis, wie ungemain stark die liberale Verflechtung der Wirtschaftsfreiheit mit der Meinungsfreiheit in der Presse und in der Wissenschaft ist. Ich glaube, sie hatte nur den einen Fehler, daß nun mit dem uns allen bekannten Willen einer ganz bestimmten von ihm vertretenen Partei die Sache so dargestellt wurde, als sei hier eine reinliche Scheidung gemacht und aus weltanschaulichen Gründen auf die eine dieser Freiheiten, die Wirtschaftsfreiheit, verzichtet, aber die anderen beiden, die Preßfreiheit und die Wissenschaftsfreiheit, nur desto stärker zum Programmpunkt gemacht worden. Hier muß ich leider auch sehr skeptisch sein, und ich möchte dem abwesenden Herrn Stampfer nachrufen, daß, wenn er uns Professoren ermahnt, die Pressefreiheit zu achten in dem Bewußtsein, daß wir in diesem Freiheitsideal mit der Presse zusammen stehen, ich ihm nur erwidern kann, daß auch wir Professoren umgekehrt von der Presse erhoffen und erwarten, daß sie die Angriffe auf unsere Lehrfreiheit, die sich in allen Regierungssystemen — es ist ein Irrtum, daß es Italien und Rußland allein seien — heute häufen, ebenso zu schützen verstehen wird, wie er das von uns gegenüber der Presse erwartet.

Nun endlich zu dem, was Carl Schmitt gesagt hat. Carl Schmitt ist der einzige gewesen, der an keiner Stelle jene Unterstreichungen und Vergrößerungen vorgenommen hat, der es mir aber daher auch am allerschwersten macht, in irgendeiner Weise mir seine Behauptungen anzueignen. Carl Schmitt hat zunächst, wie immer historisch tief dringend und erleuchtend, an die Entstehung des Meinungsbegriffs angeknüpft und hat uns gezeigt, wie schon einmal, soweit ich ihn richtig verstand, die europäische opinio mit ihrem Gegensatz, dem Dogma, gestorben ist, wie sie dann aber doch aufgelebt ist und heute noch mit einem neuen Gegner, mit dem Gegner Aktion lebt. Ein etwas ähnlicher Gegensatz — deshalb bezog ich mich vorausdeutend darauf, — wie ihn Kollege von Eckardt aus der Kulturpresse und der aktiven Presse konstruiert hat. Was kann aber dieser Gegensatz zwischen Opinion und Aktion heute bedeuten? Carl Schmitt hat an diesen Gegensatz eine Kritik meiner Behauptung von der Umkehrung der Zensurverhältnisse geknüpft. Er hat sie eine glänzende Antithese genannt, sie aber leider nicht ganz richtig wiedergegeben. Ich habe nicht

davon gesprochen, daß früher der Staat über die Gesellschaft die Zensur geübt habe, sondern ich habe vielmehr, auch in meinem englischen Beispiel, gar keinen Zweifel gelassen daß hier Staat und Gesellschaft einträchtig, die Gesellschaft sogar im Vorrang, die Zensur gehandhabt haben. Daß diese Zensur sich sodann in eine Zensur der Gesellschaft über den Staat umgekehrt habe, habe ich auch nicht gesagt. Ich habe vielmehr von einer anonymen Zensur der heutigen Großpresse gesprochen, was etwas ganz anderes ist, als die Zensur der Gesellschaft über den Staat, wenn ich dieses Gegensatzpaar überhaupt jemals so aufstellen könnte, wie es Carl Schmitt tut. Ich kann nicht anerkennen, daß die heutige Zeit, in der an Stelle des Gegners Dogma der Gegner Aktion getreten ist, sich dadurch wesentlich von der Entwicklung unterscheidet, die die Pressefreiheit in der bürgerlichen Zeit des 18. und 19. Jahrhunderts schon einmal durchgemacht hat.

Carl Schmitt behauptet, daß der heutige Rundfunk mit seinem uns allen bekannten Monopol eine klare Situationsveränderung anzeige. Die Presse sei aus grundsätzlicher Freiheit entstanden. Das moderne Mitteilungssystem stehe in grundsätzlicher Staatsabhängigkeit. Ich glaube, er übersieht dabei historische Tatsachen. Die Presse ist nicht als eine von Anfang an freie entstanden. Ich habe vielleicht schon zu viel über das Intelligenzblatt historisiert, das am Anfang unserer Geschichte steht und das eine durchaus staatlich kontrollierte Einrichtung gewesen ist, vollkommen parallel dem, was wir heute im Rundfunk sehen. Der Rundfunk ist heute kein unbestrittenes Monopol. Namentlich die Herren Journalisten wissen, wie sehr dieses Monopol heute umkämpft wird. Es wird auf die Dauer nicht angehen, wie Herr Stampfer es etwas naiv annahm, zu sagen: Das Rundfunkmonopol müsse erhalten werden, weil sonst ein technisches Durcheinander entstehe. Ich fürchte, die verschiedenen Kräfte der Gesellschaft werden nicht daran glauben, daß der Grund im technischen Durcheinander liegt. Ich glaube, sie werden sich klar werden, daß die Gründe ganz wo anders liegen, und mit dem Moment werden auch die Kämpfe einsetzen.

Nun zum Schluß. Ich fürchte, Carl Schmitt hat in seiner Konstruktion auf seinen Lieblingsgedanken der Dezision, der Aktion hin nicht ganz gewürdigt, was mich eigentlich zu meinem heute so viel spöttisch erwähnten »optimistischen« Schluß bewogen hat. Ich glaube, auch Herr Kollege Voegelin hat die Frage nach einer näheren Erklärung darüber an mich gerichtet. Ich denke nicht, daß dieser Schluß als optimistisch anzusprechen ist; denn auch ich habe im Grunde nicht mehr als Carl Schmitt gesagt: Ich will hoffen, ja ich will vielleicht sogar helfen, oder wir alle wünschen es und wollen es, daß es so werden möge. Daraus eine optimistische Prognose zu machen, geht nicht an, weil es eine der Hauptintentionen meines Referates übergehen würde, die doch darin bestand, in entschlossener Weise Werturteile zwar nicht als unmöglich zu unterstellen, aber hier beiseite zu lassen. Das möchte ich noch betonen, dann wird vielleicht auch Carl Schmitt einen Ausweg aus diesem Dilemma der verzweifelten Situation und des verbotenen Optimismus sehen. Ich habe nicht die Verschiebung der Zensurverhältnisse in den Vordergrund gestellt — das ist ein Nebenpunkt —, sondern ich habe die Verschiebung der Gewichtsverteilung zwischen gesellschaftlichen und staatlichen Gewalten in den Vordergrund gerückt, die der Frage Carl Schmitts nach einer

Gewichtsverteilung mir wenigstens sehr nahezukommen scheint. Ich habe in den Vordergrund gerückt das Entstehen eines — um es nun wirklich zum letztenmal zu sagen — gigantischen Apparates an sich, der zwar das Maximum von Öffentlichkeit, aber recht wenig Meinung darstelle, und daneben eines anderen Apparates, der der Führungsstellen, nicht etwa der Bürokratie, sondern aller anderen Führerstellungen, wozu die großen Wirtschaftsverbände wie die Gewerkschaften, wie die Genossenschaften, wie jede größere Körperschaft des öffentlichen Rechts gehören, auf der anderen Seite, die bisher, wie ich mich ausdrückte, zwar sehr viel meinen und sehr bestimmt meinen, die das aber in Formen tun, die bewußt von dem liberalen Ideal der öffentlichen Meinung abweichen. Ich glaube auch, wenn man es jetzt in unseren Verhandlungsberichten lesen wird, wird es etwas deutlicher werden, daß, wenn irgendein Optimismus zum Schluß aufklingen durfte, mein Gedanke hauptsächlich gewesen ist irgendeine Wiedervereinigung und gegenseitige Durchdringung dieser beiden auseinandergetretenen Elemente.

Das ist auch die Aristokratie, gegen die sich Herr Hertz, wenn ich nicht irre, zum Schluß noch besonders gewandt hat, daß wir in Wirklichkeit, was fast von allen Mißurteilen, aller Verdrossenheit über die Presse ganz verkannt wird, eine außerordentlich hohe Auslese unter dem Druck des Großkapitalismus bereits haben, daß wir technische Leistungen in der mechanistischen Großpresse haben — wieder natürlich in einem internationalen Durchschnitt —, die in früheren Zeiten nicht entfernt erreicht wurden, und daß es nun nur noch nötig wäre, dieses technische Niveau in irgendeiner Weise geistig zu machen. Daß das ein frommer oder gar aussichtsloser Wunsch sei, dazu kann ich mich vorläufig nicht überreden.
